

# Landesinfo Baden-Württemberg



## Landtagswahl 2021

Analysen der  
Landtagswahl

S. 2/3

## Landtagswahl 2021

Ergebnisse in allen  
Wahlkreisen

S. 4

## Transformation

Massenentlassungen  
verhindern

S. 7

## Außenpolitik

Kein Verbot der HDP

S. 8

## Bundestagswahl

Kriterien für die  
Landesliste

S. 10

## Bundestagswahl

Bisherige Kandidaturen

S. 10 - 19

## weiterer Inhalt

■ ■ ■	
<b>Rüstungsexport ins Grundgesetz</b>	<b>6</b>
■ ■ ■	
<b>Zu Besuch beim KSK</b>	<b>8</b>
■ ■ ■	
<b>Vermögensabgabe</b>	<b>9</b>
■ ■ ■	
<b>Spenden</b>	<b>9</b>
■ ■ ■	
<b>Überlastung der Krankenhäuser abschbar</b>	<b>9</b>

**Beilage:** KLAR, Zeitung der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

**Bezug:** Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint mehrmals im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Spendenkonto:  
DIE LINKE Baden-Württemberg  
Postbank Stuttgart  
IBAN: DE58 6001 0070 0289 5827 00

**Herausgeber und Verlag:** DIE LINKE. Baden-Württemberg, Falkertstraße 58, 70176 Stuttgart, Tel: 0711/241045, Fax: 0711/241046 Mail: info@die-linke-bw.de

**Redaktion:** Walter Kubach, David Schecher, Bernhard Strasdeit (verantwortlich), Sahra Mirow Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, Leser\*innenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

**Druck:** VisitYou.de, Stuttgart

**www.die-linke-bw.de**

**Geschäftsstelle:** DIE LINKE Baden-Württemberg, Falkertstraße 58, 70176 Stuttgart, Tel: 0711/241045, Fax: 0711/241046 Mail: info@die-linke-bw.de

## Schwäche in der Fläche

### Ein linker Blick auf das Ergebnis der Landtagswahl in Baden-Württemberg

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg hat sich DIE LINKE mit 3,6% zwar um 0,7% verbessert, die 5%-Hürde aber zum dritten Mal verfehlt. Sie hat ihre besten Ergebnisse in den Hochschul- und Großstädten. Hier ist DIE LINKE kommunalpolitisch aktiv und öffentlich präsent. Das sind Wahlkreise mit hoher Bevölkerungsdichte, hohem Anteil an Dienstleistungsgewerbe, jüngeren Menschen und Menschen mit akademischer Bildung.

Doch wären ohne respektable Ergebnisse wie im multikulturellen Heidelberger Stadtteil Emmertsgrund (5,3%) die guten Gesamtergebnisse in Heidelberg (8,4%) eben nicht möglich. Leider liegt in sozialen Brennpunkten die Wahlbeteiligung mit weit hinter den gutbürgerlichen Vierteln. In der Fläche und in sozial benachteiligten Stadtvierteln scheidet DIE LINKE bei der Briefwahl schlechter ab. Genau umgekehrt erzielt DIE LINKE etwa in Freiburg bei Briefwähler\*innen besonders gute Ergebnisse. Dies deutet darauf hin, dass DIE LINKE sehr unterschiedliche Wählergruppen anspricht.

- Das Ansprechen einer städtisch-akademischen und einer an sozialer Gerechtigkeit orientierten Wählerschaft auch in der Fläche dürfte über den künftigen Erfolg der Linken entscheiden. (1)

### 1. Linke Schwäche in der Fläche

Selbst wenn in den „Hochburgen“ 15% erreicht worden wäre, hätte die Stimmenzahl nicht für den Einzug in den Landtag gereicht. Dies zeigt, wie sehr eine Steigerung der Ergebnisse in der Fläche nötig ist. In keiner der Mittelstädte konnte von der Linken die 5%-Hürde übersprungen werden. In 40 der 70 Wahlkreise liegt sie unter 3%. Bei genauerem Hinsehen differenziert sich aber auch in der Fläche das Bild. Das Ergebnis der Linken in Außenbezirken von Stuttgart ähnelt dem in Kleinstädten – und das Ergebnis in Innenbereichen von Kleinstädten kann das Niveau der Großstädte erreichen.

- Auch wenn eine Präsenz in den Dörfern nicht möglich sein wird, sollte doch von den Mittelstädten aus eine Sichtbarkeit angestrebt werden.

### 2. Wer wählt links?

Hoffnungsfroh kann stimmen, dass DIE LINKE von 8% (+2) der Jungwähler\*innen (18-24) und 6% (+1) der 25-34-jährigen gewählt wurde. Allerdings liegt die Wahlbeteiligung bei jungen Wähler\*innen (18-

24) nur bei 55%. Je älter, umso weniger findet DIE LINKE Zustimmung, was sich angesichts der Größe dieser Altersgruppe und einer erheblich höheren Wahlbeteiligung negativ auf das Ergebnis auswirkt.

Der Anteil der Wähler\*innen mit „hoher Bildung“ ist bei der Linken von allen Parteien am höchsten. Da fast 2/3 der jungen Menschen über eine Hochschulreife verfügen, ist dies zunächst Ausdruck ihrer Verjüngung. Von „Arbeiter\*innen“ (3%) wird DIE LINKE durchschnittlich stark gewählt, hat aber hier seit 2006 über die Hälfte ihres Anteils verloren. Von Gewerkschafter\*innen wird sie nur leicht überdurchschnittlich gewählt.

- Hier wird zu diskutieren sein, wie ältere Menschen und Wähler\*innen mit eher grundlegender Bildung angesprochen und wie eine bessere Sichtbarkeit in den Betrieben und bei gewerkschaftlichen Aktionen erreicht werden kann – und zwar kontinuierlich, nicht nur in der Zeit vor Wahlen.

### 3. Personalisierung statt Themenwahl

Auffällig ist, dass sich aus Mangel an Wissen fast die Hälfte der Wahlberechtigten (42%) kein Urteil über die Landespolitik zutraut und auch die Positionen der Parteien kaum kennt. Die Rolle von Führungspersönlichkeiten, denen die Wähler\*innen „vertrauen“, wirkte bei der Wahlentscheidung sowohl in BW als auch in Rheinland-Pfalz offenbar sehr stark und auch abgekoppelt von der realen Politik auf Landesebene. DIE LINKE dagegen war bei den vergangenen Landtagswahlen jeweils mit anderen Spitzenkandidaten angetreten und kam in der landespolitischen Berichterstattung kaum vor.

- Es wäre vorteilhaft, wenn DIE LINKE weiterhin ein „Gesicht“ und eine Ansprechperson hätte, wie dies Sahra Mirow als Spitzenkandidatin erreicht hat, und von Medien, Gewerkschaften und Verbänden als landespolitischer Akteur ernstgenommen wird.

*Erhard Korn, Filippo Capezzone, Rosa Luxemburg Stiftung Baden-Württemberg*

1) Die Analyse der OB-Wahl in Stuttgart zeigt, dass auch trotz überdurchschnittlicher akademischer Zusammensetzung der „linken“ Wählerschaft Hannes Rockenbach von 50% der Menschen gewählt wurde, die ihre eigene wirtschaftliche Situation als schlecht bezeichnen.

2) Eine ausführliche Fassung dieser Analyse findet sich auf der Homepage der RLS Baden-Württemberg.

## Zur Einigung von Grünen und CDU über Koalitionsverhandlungen

Sahra Mirow, Landessprecherin der LINKEN Baden-Württemberg sagt: „Mit der Fortsetzung der grün-

schwarzen Landesregierung kommt es zu einem erwartbaren Stillstand, den wir uns in Baden-Württemberg abso-

lut nicht leisten können. Die Bilanz der letzten fünf Jahre Grün-Schwarz ist katastrophal. Jedes fünfte Kind in Baden-Württemberg ist armutsgefährdet, in der Gesundheitspolitik setzen die Grünen weiter auf Krankenhausschließungen und Baden-Württemberg ist in den letzten zehn Jahren zum Spitzenreiter überteuerter Mieten geworden. Die Grünen hatten zehn Jahre Zeit für eine Energie- und Verkehrswende, die ihren Namen verdient. Sie haben diese Zeit ungenutzt verstreichen lassen. Fünf weitere Jahre mit der CDU lassen keinen Grund zur Hoffnung.”

### **Neue Wohngemeinnützigkeit**

Dirk Spöri, Landessprecher der LINKEN ergänzt: “Baden-Württemberg

## **Aufwärtsbewegung in einer schwierigen Situation**

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg haben wir den Einzug in den Landtag verfehlt, aber konnten uns von 2,9 auf 3,6% verbessern - unser bisher bestes Landtagswahlergebnis. Das war kein Selbstläufer, denn die Wahlen fanden inmitten einer Pandemie statt. Vor dem Verfassungsgericht mussten wir die Absenkung der zur Wahlzulassung nötigen Anzahl von Unterschriften erstreiten und den Wahlkampf unter Lockdown-Bedingungen durchführen. Infostände und Aktionen, vor allem aber das direkte Gespräch mit den Wählerinnen und Wählern wurde massiv erschwert. Unter solchen Bedingungen war es keine Selbstverständlichkeit, dass wir unser Wahlergebnis steigern und neue Mitglieder gewinnen konnten.

Unsere besten Ergebnisse haben wir in den großen Städten und Universitätsstädten im Land. In Freiburg (Wahlkreis II) haben wir mit 11,2 Prozent unser mit Abstand bestes Ergebnis erzielt. Aber auch in den kleineren Städten konnten wir zulegen.“ Das zeigt, dass wir trotz aller Widrigkeiten einen guten und kämpferischen Wahlkampf geschafft haben.

**Den Einzug in den Landtag haben wir leider verpasst, das war unser Ziel. Das bleibt auch unser Ziel.**

Wir müssen feststellen, dass es noch immer viele Menschen im Südwesten gibt, die uns bei Kommunalwahlen und bei der Bundestagswahl ihre Stimme geben und sich bei der Landtagswahl anders entscheiden. Das Ein-Stimmen-Wahlrecht ohne Landesliste in Baden-Württemberg trägt dazu bei und benachteiligt besonders kleine Parteien, die noch nicht im Landtag sind. Wir werden nun auf den Zugewinnen aufbauen und gemeinsam mit unseren (Neu-)Mitgliedern und unseren kommunalen Mandatsträgern Aufbastrategien fürs Ländle entwickeln. Eine Arbeitsgruppe im Landesvorstand hat hierzu schon viel Vorarbeit geleistet, das wollen wir nun umsetzen. Besonders in kleineren und mittleren Städten haben wir besonderen Unterstützungsbedarf. Aber DIE

braucht soziale und ökologische Antworten auf die Corona-Krise und die Umbrüche in der Automobilindustrie. Von der Landesregierung sind bisher keine Vorschläge gekommen, die einen sozial gerechten Weg aus diesen Krisen weisen würden. In der Wohnungspolitik hat die Landesregierung komplett versagt. Wohnen ist zu der sozialen Frage unserer Zeit geworden. Wir erwarten von der kommenden Landesregierung einen radikalen Kurswechsel in der Wohnungspolitik im Sinne der Mieterinnen und Mieter. Wir machen uns aber keine Illusionen, dass dieser notwendige Kurswechsel von denen im Landtag vertretenen Parteien initiiert wird. Hier

LINKE wächst in Baden-Württemberg und kann selbst in einer Pandemie dazu gewinnen – das ist ein positives Signal für die Zukunft, für die Bundestagswahl und danach.

In einem Wahlkampf, der den öffentlichen Raum für uns coronabedingt eingeschränkt hat, sind wir neue Wege gegangen. Viel wurde in den digitalen Raum verlegt. Das war möglich, weil unsere neuen - überwiegend jungen - Mitglieder dies mit großer Expertise angegangen sind. An dieser Stelle danken wir unserem Team auf Landesebene für die tollen und spannenden Digitaldiskussionen, nämlich Nadia Slim, Alex Hummel und Enes Muric. Dank unserer Pressesprecherin Lisa Neher war unsere Pressearbeit so professionell wie noch nie. In vielen Kreisverbänden fanden zudem kreative Aktionen statt. Die Bustouren zu Pflege, ÖPNV und zum Mietenwahnsinn waren ein Hingucker. Hier auch ein Danke an die Bundesgeschäftsstelle für ihre Unterstützung und natürlich insbesondere auch an unsere Landesgeschäftsstelle, die unermüdlich für uns tätig war.

**Ein ganz großes Dankeschön an unsere 70 Kandidatinnen und Kandidaten** – ihr habt das Klasse gemacht! Und natürlich an alle Wahlkämpfenden, die das Beste aus einer schwierigen Situation machten und tausende von Zeitungen und Kurzwahlprogrammen in Briefkästen gesteckt und bei Minustemperaturen Plakate aufgehängt haben. Wahlkampf ist immer Teamarbeit und wir waren ein gutes Team.

Wir sind in diesen Wahlkampf mit einem klaren Programm für mehr sozial-ökologische Gerechtigkeit gezogen. Die ökologische Transformation der (Auto-) Industrie sozial gestalten, den ÖPNV massiv ausbauen, eine echte Energiewende – dafür haben wir uns eingesetzt. Einen besonderen Schwerpunkt haben wir auf das Thema bezahlbares Wohnen in öffentlicher Hand gelegt - keine Rendite mit der Miete. Wir haben uns für gute Bildung und gegen die Schließungen von Krankenhäusern stark gemacht. Unsere Kompetenz-Zu-

zeigt sich einmal mehr, wie sehr eine linke Opposition im Landtag fehlt. Wir werden daher gut vernetzt mit Mieter:inneninitiativen auch außerhalb des Parlaments Druck auf den Landtag für bezahlbare Mieten ausüben. Berlin hat es mit dem Mietendeckel vorgemacht. Dieses Instrument müssen wir auch in Baden-Württemberg nutzen. Die Politik muss verbindliche Mietobergrenzen festlegen und überteuerte Mieten entsprechend absenken. Wohnen ist zu wichtig, um es dem Markt zu überlassen. Mit einer neuen Wohngemeinnützigkeit müssen Spekulation mit Wohneigentum und Profiten mit der Miete ein Riegel vorgeschoben werden.”

schreibung spiegelt das wider: beim Thema soziale Gerechtigkeit konnten wir deutlich auf 11 Punkte (plus 4) steigern und beim Thema Wohnen werden uns nun 7 Punkte zugeschrieben. Das ist erfreulich, darauf wollen wir aufbauen.

Egal wie die nächste Landesregierung aussehen wird, wir werden weiterhin Druck machen für soziale Gerechtigkeit, für Klimagerechtigkeit und für gute Bildung und Gesundheit. Wir sind die außerparlamentarische Opposition, die der nächsten Landesregierung auf die Finger schaut. Wir sind im Austausch mit den Verbänden, Gewerkschaften und den Bewegungen. Gemeinsam werden wir auch weiterhin eine laute Stimme für ein soziales und gerechtes Baden-Württemberg sein.

**Unser Volksantrag für einen Mietstopp ist nach wie vor aktuell.** Wir wollen dazu mit euch eine großangelegte Kampagne im ganzen Land entwickeln. Gemeinsam werden wir das Thema auf die Agenda bringen. Für uns ist klar: Wohnen gehört in die öffentliche Hand. Der Landtag wird sich mit der Frage beschäftigen müssen wie wir mehr sozialen, kommunalen und barrierefreien Wohnraum schaffen und Mieten einfrieren. Aber wir wollen mehr als das. Wir wollen einen Mietendeckel nach Berliner Vorbild diskutieren und das Thema in Baden-Württemberg verankern.

**Wir bleiben dran.** Wir werden auf unseren Zugewinnen aufbauen und DIE LINKE zu einer Kraft in Baden-Württemberg machen. Der hinter uns liegende Wahlkampf hat uns einen Schub nach vorne gegeben – nutzen wir ihn gemeinsam!

*Sahra Mirow (Landessprecherin)*

**Nachtrag Redaktion:** Ein ganz dickes Dankeschön sprach der Landesvorstand auch Sahra Mirow aus, die sich als Spitzenkandidatin im Wahlkampf unermüdlich einsetzte und bei öffentlichen Auftritten viel Lob und Zustimmung erhielt.



Landtagswahl BaWü 14. März 2021 DIE LINKE %- Ergebnisse nach Wahlkreisen	2021		2016		Veränderung	
	Anzahl Stimmen	%	Anzahl Stimmen	%	Anzahl Stimmen	%
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>173.317</b>	<b>3,6</b>	<b>156.240</b>	<b>2,9</b>	<b>17.077</b>	<b>0,7</b>
47 Freiburg II	9.018	11,2	6.568	7,7	2.450	3,5
34 Heidelberg	5.582	8,4	4.189	6,1	1.392	2,3
01 Stuttgart I	5.125	7,5	5.333	3,7	-208	0,2
04 Stuttgart IV	3.822	7,0	3.755	5,9	67	1,1
27 Karlsruhe I	4.552	6,9	3.470	4,8	1.082	2,1
46 Freiburg I	5.969	6,8	4.381	4,8	1.588	2,0
62 Tübingen	6.185	6,7	5.223	5,4	962	1,3
28 Karlsruhe II	4.020	6,7	3.335	4,9	685	1,8
35 Mannheim I	2.889	6,2	2.734	5,1	155	1,1
36 Mannheim II	3.561	5,5	3.101	4,5	460	1,0
56 Konstanz	3.415	5,4	2.745	3,9	670	1,5
03 Stuttgart III	2.559	4,8	2.786	4,4	-227	0,4
02 Stuttgart II	2.798	4,4	2.367	3,3	431	1,1
64 Ulm	3.264	4,3	2.324	2,9	940	1,4
12 Ludwigsburg	3.266	4,2	2.509	2,9	757	1,3
07 Esslingen	2.724	3,8	2.335	2,8	389	1,0
48 Breisgau	3.162	3,7	2.347	2,6	815	1,1
60 Reutlingen	2.975	3,7	3.049	3,4	-74	0,3
39 Weinheim	2.592	3,6	2.362	3,0	230	0,6
18 Heilbronn	2.118	3,6	1.929	2,9	189	0,7
69 Ravensburg	2.777	3,4	2.145	2,5	632	0,9
49 Emmendingen	2.694	3,4	2.311	2,7	383	0,7
25 Schwäbisch Gmünd	2.360	3,4	2.113	2,8	247	0,6
22 Schwäbisch Hall	2.560	3,3	1.969	2,4	591	0,9
42 Pforzheim	1.618	3,3	2.018	3,4	-400	-0,1
67 Bodensee	2.668	3,1	2.518	2,7	150	0,4
15 Waiblingen	2.101	3,1	2.074	2,7	27	0,4
40 Schwetzingen	1.770	3,1	1.954	3,0	-184	0,1
58 Lörrach	2.235	3,0	2.198	2,7	37	0,3
20 Neckarsulm	2.167	3,0	1.955	2,5	212	0,5
57 Singen	1.753	3,0	1.443	2,2	310	0,8
51 Offenburg	1.770	2,9	1.466	2,2	304	0,7
41 Sinsheim	1.733	2,9	1.871	2,7	-138	0,2
14 Bietigheim-Bissingen	2.296	2,8	2.123	2,3	173	0,5
08 Kirchheim	2.236	2,8	1.641	1,8	595	1,0
30 Bretten	2.108	2,8	1.815	2,2	293	0,6
32 Rastatt	1.891	2,8	1.758	2,3	133	0,5
31 Ettlingen	1.759	2,8	1.758	2,5	1	0,3
37 Wiesloch	1.732	2,8	1.851	2,6	-119	0,2
21 Hohenlohe	1.730	2,8	1.675	2,4	55	0,4
68 Wangen	2.139	2,7	1.609	1,9	530	0,8
13 Vaihingen	2.098	2,7	1.871	2,2	227	0,5
26 Aalen	2.091	2,7	2.668	3,1	-577	-0,4
43 Calw	1.920	2,7	1.715	2,2	205	0,5
59 Waldshut	1.806	2,7	1.726	2,2	80	0,5
33 Baden-Baden	1.523	2,7	1.512	2,4	11	0,3
09 Nürtingen	2.182	2,6	1.983	2,1	199	0,5
61 Hechingen-Münsingen	1.955	2,6	1.855	2,2	100	0,4
55 Tuttlingen-Donaueschingen	1.883	2,6	1.798	2,1	85	0,5
29 Bruchsal	1.867	2,6	1.905	2,4	-38	0,2
19 Eppingen	1.790	2,6	1.528	2,1	262	0,5
50 Lahr	1.731	2,6	1.748	2,4	-17	0,2
53 Rottweil	1.707	2,6	1.322	1,9	385	0,7
52 Kehl	1.692	2,6	1.616	2,3	76	0,3
16 Schorndorf	1.690	2,6	1.538	2,2	152	0,4
24 Heidenheim	1.452	2,6	1.817	2,9	-365	-0,3
63 Balingen	1.753	2,4	1.886	2,3	-133	0,1
54 Villingen-Schwenningen	1.694	2,4	1.619	2,0	75	0,4
38 Neckar-Odenwald	1.587	2,4	1.723	2,3	-136	0,1
23 Main-Tauber	1.534	2,4	1.962	2,8	-428	-0,4
70 Sigmaringen	1.473	2,4	1.225	1,8	248	0,6
17 Backnang	1.406	2,4	1.427	2,1	-21	0,3
06 Leonberg	2.082	2,3	2.097	2,2	-15	0,1
05 Böblingen	1.908	2,3	2.233	2,4	-325	-0,1
44 Enz	1.898	2,3	1.860	2,0	38	0,3
11 Geislingen	1.322	2,3	1.183	1,8	139	0,5
66 Biberach	1.823	2,2	1.743	1,9	80	0,3
45 Freudenstadt	1.169	2,2	1.119	1,9	50	0,3
65 Ehingen	1.420	2,1	1.117	1,6	303	0,5
10 Göppingen	1.168	2,1	1.337	2,1	-169	0,0

Regierungs- bezirke	Landtagswahl BaWü 14. März 2021 DIE LINKE %-Ergebnisse nach Regierungsbezirken	2021		2016		Veränderung	
		Anzahl Stimmen	%	Anzahl Stimmen	%	Anzahl Stimmen	%
		Gesamtergebnis		173.317	3,6	156.240	2,9
<b>Nordwürttemberg</b>	01 Stuttgart I	5.125	7,5	5.333	3,7	-208	0,2
	04 Stuttgart IV	3.822	7,0	3.755	5,9	67	1,1
	03 Stuttgart III	2.559	4,8	2.786	4,4	-227	0,4
	02 Stuttgart II	2.798	4,4	2.367	3,3	431	1,1
	12 Ludwigsburg	3.266	4,2	2.509	2,9	757	1,3
	07 Esslingen	2.724	3,8	2.335	2,8	389	1,0
	18 Heilbronn	2.118	3,6	1.929	2,9	189	0,7
	25 Schwäbisch Gmünd	2.360	3,4	2.113	2,8	247	0,6
	22 Schwäbisch Hall	2.560	3,3	1.969	2,4	591	0,9
	15 Waiblingen	2.101	3,1	2.074	2,7	27	0,4
	20 Neckarsulm	2.167	3,0	1.955	2,5	212	0,5
	14 Bietigheim-Bissingen	2.296	2,8	2.123	2,3	173	0,5
	08 Kirchheim	2.236	2,8	1.641	1,8	595	1,0
	21 Hohenlohe	1.730	2,8	1.675	2,4	55	0,4
	13 Vaihingen	2.098	2,7	1.871	2,2	227	0,5
	26 Aalen	2.091	2,7	2.668	3,1	-577	-0,4
	09 Nürtingen	2.182	2,6	1.983	2,1	199	0,5
	19 Eppingen	1.790	2,6	1.528	2,1	262	0,5
	16 Schorndorf	1.690	2,6	1.538	2,2	152	0,4
	24 Heidenheim	1.452	2,6	1.817	2,9	-365	-0,3
23 Main-Tauber	1.534	2,4	1.962	2,8	-428	-0,4	
17 Backnang	1.406	2,4	1.427	2,1	-21	0,3	
06 Leonberg	2.082	2,3	2.097	2,2	-15	0,1	
05 Böblingen	1.908	2,3	2.233	2,4	-325	-0,1	
11 Geislingen	1.322	2,3	1.183	1,8	139	0,5	
10 Göppingen	1.168	2,1	1.337	2,1	-169	0,0	
<b>Nordbaden</b>	34 Heidelberg	5.582	8,4	4.189	6,1	1.392	2,3
	27 Karlsruhe I	4.552	6,9	3.470	4,8	1.082	2,1
	28 Karlsruhe II	4.020	6,7	3.335	4,9	685	1,8
	35 Mannheim I	2.889	6,2	2.734	5,1	155	1,1
	36 Mannheim II	3.561	5,5	3.101	4,5	460	1,0
	39 Weinheim	2.592	3,6	2.362	3,0	230	0,6
	42 Pforzheim	1.618	3,3	2.018	3,4	-400	-0,1
	40 Schwetzingen	1.770	3,1	1.954	3,0	-184	0,1
	41 Sinsheim	1.733	2,9	1.871	2,7	-138	0,2
	30 Bretten	2.108	2,8	1.815	2,2	293	0,6
	32 Rastatt	1.891	2,8	1.758	2,3	133	0,5
	31 Ettlingen	1.759	2,8	1.758	2,5	1	0,3
	37 Wiesloch	1.732	2,8	1.851	2,6	-119	0,2
	43 Calw	1.920	2,7	1.715	2,2	205	0,5
	33 Baden-Baden	1.523	2,7	1.512	2,4	11	0,3
	29 Bruchsal	1.867	2,6	1.905	2,4	-38	0,2
38 Neckar-Odenwald	1.587	2,4	1.723	2,3	-136	0,1	
44 Enz	1.898	2,3	1.860	2,0	38	0,3	
45 Freudenstadt	1.169	2,2	1.119	1,9	50	0,3	
<b>Südbaden</b>	47 Freiburg II	9.018	11,2	6.568	7,7	2.450	3,5
	46 Freiburg I	5.969	6,8	4.381	4,8	1.588	2,0
	56 Konstanz	3.415	5,4	2.745	3,9	670	1,5
	48 Breisgau	3.162	3,7	2.347	2,6	815	1,1
	49 Emmendingen	2.694	3,4	2.311	2,7	383	0,7
	58 Lörrach	2.235	3,0	2.198	2,7	37	0,3
	57 Singen	1.753	3,0	1.443	2,2	310	0,8
	51 Offenburg	1.770	2,9	1.466	2,2	304	0,7
	59 Waldshut	1.806	2,7	1.726	2,2	80	0,5
	55 Tuttlingen-Donaueschingen	1.883	2,6	1.798	2,1	85	0,5
<b>Südwürttemberg</b>	50 Lahr	1.731	2,6	1.748	2,4	-17	0,2
	53 Rottweil	1.707	2,6	1.322	1,9	385	0,7
	52 Kehl	1.692	2,6	1.616	2,3	76	0,3
	54 Villingen-Schwenningen	1.694	2,4	1.619	2,0	75	0,4
	62 Tübingen	6.185	6,7	5.223	5,4	962	1,3
	64 Ulm	3.264	4,3	2.324	2,9	940	1,4
	60 Reutlingen	2.975	3,7	3.049	3,4	-74	0,3
	69 Ravensburg	2.777	3,4	2.145	2,5	632	0,9
	67 Bodensee	2.668	3,1	2.518	2,7	150	0,4
	68 Wangen	2.139	2,7	1.609	1,9	530	0,8
61 Hechingen-Münsingen	1.955	2,6	1.855	2,2	100	0,4	
63 Balingen	1.753	2,4	1.886	2,3	-133	0,1	
70 Sigmaringen	1.473	2,4	1.225	1,8	248	0,6	
66 Biberach	1.823	2,2	1.743	1,9	80	0,3	
65 Ehingen	1.420	2,1	1.117	1,6	303	0,5	

## Rüstungsexportverbot muss ins Grundgesetz

### Urteil gegen Heckler & Koch

„DIE LINKE begrüßt das Urteil des BGH, das die Strafzahlung von Heckler & Koch für illegale Geschäfte nach Mexiko nun bestätigt. Dies ist ein klares Zeichen an die hiesige Waffenindustrie, dass solche Machenschaften verurteilt werden und dass Verantwortliche auch persönlich haften“, so Heike Hänsel, Tübinger Bundestagsabgeordnete der LINKEN zum Urteil

## Neustart bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie

**Die Vorsitzenden von Bundestagsfraktion und Partei DIE LINKE, Amira Mohamed Ali, Dietmar Bartsch, Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow, fordern die Bundesregierung zu einem Neustart bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie auf.**

Deutschland ist sehenden Auges in die dritte Welle gerauscht. Die Inzidenzen steigen, die Krankenhäuser füllen sich und mit den Virus-Mutationen drohen mehr schwere Verläufe und noch mehr gesundheitliche Langzeitschäden. Die Pläne der Bundesregierung vor der letzten Beratung waren unausgegoren, aber stattdessen gar nichts zu tun, ist verantwortungslos. So wird sich das Virus weiterverbreiten. Wir brauchen einen solidarischen Lockdown, um das exponentielle Wachstum zu brechen und die Infektionszahlen zu senken, eine flächendeckende Teststrategie, die Beschleunigung der Impfungen, Kontaktnachverfolgung und kostenfreie Schutzausrüstung.

### Die Bundesregierung setzt ihre gescheiterte Strategie fort:

einseitige Eingriffe ins Privatleben und in einzelne Branchen statt eines tragfähigen Konzepts zur Pandemiebekämpfung. Wir brauchen Verbindlichkeit in der Arbeitswelt und der Wirtschaft. Bisher werden Unternehmen um „Selbstverpflichtung“ gebeten, wenn es um Testangebote und einen wirksamen Infektionsschutz am Arbeitsplatz geht. Trotz Masseninfektionen in verschiedenen Firmen werden Unternehmen kaum kontrolliert. In den Arbeitsschutzbehörden fehlt seit Jahren Personal. Es fehlt bis heute eine verbindliche Regelung zum Homeoffice für Beschäftigte. Die Folge: Infektionsketten im Arbeitsleben werden nicht unterbrochen – das gefährdet die Gesundheit und das Leben vieler Menschen. Die quälenden Einschränkungen im Privatleben, das Hin und Her von Schulöffnungen und -schließungen, die Folgen des Lock-down für kleine Betriebe und den Kulturbereich werden über Gebühr verlängert. Jetzt werden Ausgangssperren ins Gespräch gebracht. DIE LINKE lehnt flächendeckende Ausgangssperren ab.

### Corona und die Folgen treffen Menschen mit geringem Einkommen besonders hart.

Wer ärmer ist, infiziert sich häufiger, der

des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe am 30.März.

Hänsel weiter: „Leider bleibt die Rolle der Geschäftsführung von Heckler & Koch sowie des Wirtschaftsministeriums und des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in dem Skandal um falsche Angaben bezüglich des Endverbleibs von Waffenausfuhren nach Mexiko, um Exportbeschränkungen umgehen

Verlauf ist schwerer, die Wahrscheinlichkeit zu sterben größer. Für Selbständige ist die Krise oft das Ende der wirtschaftlichen Existenz. DIE LINKE fordert einen Strategiewechsel in der Pandemiebekämpfung, um die Infektionsketten wirksam zu unterbrechen und alle in dieser Krise sozial abzusichern. Das Pandemiemanagement durch die Runden von Kanzlerin und MPK ist gescheitert, getroffene Regelungen waren nicht verbindlich und wurden nicht eingehalten. Es braucht jetzt endlich einen Plan und einen bundesweit einheitlichen Rahmen unter parlamentarischer Kontrolle: der Bundestag muss entscheiden, das Infektionsschutzgesetz muss entsprechend geändert werden.

### Infektionsschutz in der Arbeitswelt wirksam durchsetzen!

1. Umkehr der Beweispflicht für Arbeitsschutzmaßnahmen: Arbeitgeber müssen pro-aktiv nachweisen, dass in den Betrieben die AHA-Regeln, Maskenpflicht und Arbeitsschutz einhalten. Es wird eine Hotline für Betriebsräte und Beschäftigte eingerichtet, bei der Verstöße gegen Gesundheits- und Infektionsschutz im Betrieb anonym gemeldet werden können. Ab einer 7-Tage-Inzidenz 20/100.000 Einwohner über einen Zeitraum von 14 Tagen müssen Betriebe verpflichtet werden, Home-Office zu ermöglichen - und umgekehrt nachweisen, wenn Home-Office nicht möglich ist.
2. Recht auf tägliche Testung für alle Beschäftigten, die nicht im Homeoffice arbeiten können: Testangebote müssen für die Arbeitgeber verpflichtend sein und die Kosten von den Arbeitgebern getragen werden. Betriebsschließungen mit Lohnersatz bei Infektionsclustern: tritt bei den Tests ein Infektionscluster auf, muss der Betrieb für 14 Tage geschlossen werden, das Arbeitsschutzkonzept auf den Prüfstand und vor Öffnung vom Gesundheitsamt genehmigt werden.
3. Bei Betriebsschließungen muss Kurzarbeitergeld gezahlt werden. Das Kurzarbeitergeld muss für alle Beschäftigten in Kurzarbeit sofort auf 90 Prozent, im Niedriglohnbereich auf 100 Prozent erhöht werden.
4. Beschäftigte aus besonderer Risikogruppe schützen: Diese Beschäftigten

zu können, ungeklärt. Die Linke fordert sowohl die Bekämpfung illegaler Waffenexporte durch bessere Kontrollmechanismen als auch ein generelles Verbot von bisher legalen Rüstungsexporten durch ein Rüstungsexportverbot im Grundgesetz. Schließlich ist Deutschland nach SIPRI-Angaben derzeit der viertgrößte Waffenexporteur weltweit. Und jede Waffe findet letztendlich ihren Krieg.“

(u.a. Beschäftigte über 60 Jahre) sollten in Bereichen, in denen kein dauerhaftes Home-Office möglich ist, das Recht haben mit erhöhtem Kurzarbeitergeld freigestellt zu werden. Auftretende Personalengpässe müssen durch eingeschränkten Betrieb oder mehr Personal aufgefangen werden, Überstunden mit gesetzlichen Zuschlägen bezahlt werden. Diese Regelung sollte für acht Wochen gelten.

5. In Kitas und Schulen, Assistenz und personennahen Dienstleistungen muss eine Verpflichtung zu täglichen Tests greifen, die Hygienekonzepte an den Schulen sind an die aktuelle Infektionslage anzupassen. Wenn Schulen und Kitas wegen hoher Inzidenzen geschlossen werden, müssen verbindlich Notbetreuung und digitales Lernen organisiert werden. Es muss ein verbindliches Recht auf Betreuungsfreistellung mit einem auf 90 Prozent des Lohns erhöhten Corona-Kinderkrankengeld geben.
6. Sammelunterkünfte für Beschäftigte – etwa in der Fleischindustrie, Saisonarbeit, Baugewerbe u.a. – müssen geschlossen und sofort durch Unterbringung in Hotels / Pensionen durch die Arbeitgeber ersetzt werden. Die Arbeitgeber müssen verpflichtet werden, zeitnah angemessenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Auch Sammelunterkünfte für Obdachlose und Geflüchtete müssen durch Unterbringung in Hotels und Pensionen ersetzt werden.
7. Pflexit verhindern: Das Pandemiemanagement der Bundesregierung wird auf dem Rücken der Pflegekräfte ausgetragen. Ein Drittel der Pflegekräfte überlegt, den Beruf nach Corona aufzugeben. Wir fordern tägliche Tests und eine sofortige Zulage von 500 Euro/Monat für alle Pflegekräfte, auch um Berufs-Rückkehrer\*innen zu gewinnen.
8. Gesundheitsämter aufstocken. Nur durch ein Sofortprogramm für weiteres Personal in den Gesundheitsämtern kann die Kontaktnachverfolgung sichergestellt und bei niedrigeren Inzidenzen eine nachhaltige und sichere Öffnung geschlossener Bereiche gelingen.

9. Niemanden zurücklassen. Soziale Absicherung und Schutz für alle Statt bürokratischem Großaufwand für Masken-Gutscheine: Freie Ausgabe von FFP2-Masken im ÖPNV und anderen Bereichen des öffentlichen Lebens. Im ÖPNV muss eine FFP2-Maskenpflicht gelten. Flächendeckend kostenfreie Tests, um Infektionen frühzeitig zu erkennen.
10. Während der Pandemie braucht es einen Mietenstopp bei wegbrechenden Einkünften. Die Stundung von Gewerbe-Mietrückständen und der Kündigungsschutz, die in der ersten Welle geregelt wurden, müssen rückwirkend weitergeführt werden. Es darf keine Stromsperrungen geben. Wer ALG II oder Grundsicherung im Alter bezieht, muss sofort einen monatlichen Zuschlag von 100 Euro erhalten.
11. Bildungs-Ungerechtigkeit abfedern: Die Pandemie verschärft die schon bestehende Bildungsungleichheit. Es braucht einen Anspruch für Auszu-

bildende und Studierende auf „Corona-Auszeit“ (u.a. keine Anrechnung auf Bafög-Zeiten). Schüler\*innen sollten in der Pandemiezeit nicht benotet werden. Eine Vergleichbarkeit ist wegen ungleichen Voraussetzungen bei Home-Schooling und digitaler Ausstattung nicht gegeben. Alle Schüler\*innen sollten am Ende des Schuljahres in die nächste Jahrgangsstufe versetzt werden (bei Möglichkeit der freiwilligen Wiederholung der Jahrgangsstufe).

12. Von Betriebsschließungen/einschränkungen betroffene Unternehmen müssen weitere Staatshilfen erhalten, um Unternehmensinsolvenzen zu vermeiden (u.a. Verlängerung des vereinfachten Zugangs in Kurzarbeit). Für Solo-Selbständige und Kleinunternehmer\*innen fordern wir die Zahlung eines „Unternehmer-Lohns“ von 1200 Euro.

#### Die Krisenkosten gerecht verteilen!

Die Zahl der Milliardäre ist in der Corona-

Pandemie gewachsen. Die Vorstände der DAX-Konzerne haben im vergangenen Jahr im Schnitt jeweils 4,9 Mio. Euro erhalten. Unternehmen, die Kurzarbeit in Anspruch nehmen oder andere Staatshilfen erhalten haben, müssen, statt Dividenden auszuzahlen, in einen Corona-Sicherungsfonds für die jeweilige Branche einzahlen. Zur gerechten Finanzierung der Krisenkosten fordern wir eine einmalige Vermögensabgabe, beginnend mit 10 Prozent für Privatvermögen ab 2 Millionen Euro und Betriebsvermögen ab 5 Millionen Euro. Das würde ausschließlich die reichsten 0,7 Prozent der Bevölkerung betreffen.

#### Schluss mit Lobbyismus und Klientelpolitik!

Das wiederholte Versagen der Bundesregierung und die Korruption in den Regierungsparteien haben das Vertrauen der Menschen schwer erschüttert und tragen erheblich zur Erschöpfung und Belastung der Bevölkerung bei. Es muss umfassend aufgearbeitet werden.

## Massenentlassungen verhindern – Mitbestimmung ausbauen

**In vielen Betrieben und Branchen sorgen sich die Beschäftigten um ihre Arbeitsplätze. Die Linksfraktion im Bundestag will die Rechte der Belegschaften und Betriebsräte stärken, um Standortschließungen und Jobkahl-schlag zu verhindern.**

Die Entscheidung, getroffen in der Konzernzentrale in Bonn, schlug im 450 Kilometer entfernten Zwickau ein wie eine Bombe: Das Management von Haribo, dem Weltmarktführer für Fruchtkaugummi, stellt die Produktion in seinem Werk im sächsischen Wilkau-Haßlau ein. Zum 100-jährigen Firmenjubiläum verlieren nun rund 150 Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Jobs. Firmenpatriarch Hans Guido Riegel rechtfertigte den Beschluss mit wirtschaftlichen Interessen: „Zur unternehmerischen Verantwortung gehört auch, unpopuläre Entscheidungen zu fällen.“ Eine Entscheidung, die über die Köpfe der Belegschaft und des Betriebsrats hinweg getroffen wurde. Weder wurden sie gefragt, wie die Produktion verbessert werden kann, noch konnten sie mitentscheiden, was mit ihrem Werk passiert.

#### Auch im Motorenwerk in Untertürkheim geht die Angst um

– und die Wut. Die Beschäftigten sorgen sich um ihre Arbeitsplätze, seit Daimler-Boss Ola Källenius im vergangenen Jahr den größten Jobkahl-schlag in der Geschichte des Konzerns angekündigt hat. Bis zu 30.000 Arbeitsplätze sollen gestrichen, ganze Produktionsstandorte ins Ausland verlagert oder komplett geschlossen werden. Gegen die Pläne des Managements protestiert die Belegschaft seit Monaten. Ihnen bleiben Kampfbereitschaft und Ausdauer; das Recht auf Mitbestimmung, was mit ihren Arbeitsplätzen passiert, haben sie allerdings nicht.

Daimler ist kein Einzelfall. Die gesamte Automobil- und Zuliefererindustrie befindet sich im Umbruch. Die Meldungen über Stellenstreichungen, Standortverlagerungen ins Ausland oder Werks-schließungen häufen sich. Bosch droht mit der Schließung der Produktionsstätte in Bietigheim-Bissingen; Autozulieferer wie Mahle, Magna und Schaeffler planen die Vernichtung und Verlagerung von tausenden Industriearbeitsplätzen. Karl Reif, ehemaliges Betriebsratsmitglied im Mercedes-Benz-Werk in Untertürkheim, fasst die Lage zusammen: „Die Unternehmen gehen in die Offensive. Auf Kosten der Beschäftigten sichern sie ihre Profite.“

Bernd Riexinger, für die Fraktion DIE LINKE im Wirtschaftsausschuss und selbst Gewerkschafter aus Stuttgart, kritisiert, der Kahl-schlag habe meist gar nichts mit der Coronakrise zu tun. „Es ist ein Skandal, dass Konzerne die Gunst der Stunde ausnutzen, um von den Beschäftigten Lohnverzicht zu erzwingen und die Dividenden der Aktionäre zu erhöhen“, sagt Riexinger. Es sei inakzeptabel, dass Produktionsstandorte, die von den Beschäftigten über Jahrzehnte aufgebaut worden sind, durch einen Federstrich der Konzernführung geschlossen werden.

#### Petition: Umverteilung von Arbeit statt Jobverlust

Angesichts der aktuellen Entlassungswelle haben im Südwesten haben zahlreiche Gewerkschafterinnen und Betriebsräte eine öffentliche Petition unterzeichnet. Darin wehren sie sich dagegen, dass die Krise auf die Beschäftigten abgewälzt wird, um die Rendite hoch zu halten. Sie fordern einen „Rettungsschirm für Industriearbeitsplätze“ und schlagen eine Umverteilung von Arbeit als Alternative zu Werksschließung und Jobverlust vor.

Arbeitszeitverkürzung erhalte und schaffe Jobs, argumentieren sie, und verweisen auf erste Betriebsvereinbarungen zur Vier-Tage-Woche.

Arbeitsplatzvernichtung findet selbst bei der Luftthansa statt, obwohl der Konzern mit rund neun Milliarden Euro Steuergeld vor dem Konkurs gerettet wurde. Nach rund 30.000 Stellen im vergangenen Jahr sollen bei der Airline weitere 10.000 Stellen in diesem Jahr wegfallen. Dass Belegschaft und Gewerkschaft dagegen Sturm laufen, interessiert die Chefetage nicht. Es rächt sich, dass die Bundesregierung die staatlichen Hilfen nicht an den Erhalt von Arbeitsplätzen und den klimafreundlichen Umbau des Unternehmens geknüpft hat. Denn auch im Konzern mit dem Kranich haben Belegschaft und Betriebsräte kein Vetorecht gegen Massenentlassungen.

Es ist höchste Zeit, dass die Belegschaften und ihre gewählten Interessenvertretungen mitbestimmen können, wenn es um ihre Existenz und die Zukunft ihres Betriebes geht. Die Demokratie darf vor den Betriebstoren nicht halt machen. Die Fraktion DIE LINKE stellte deshalb im Bundestag den Antrag, dass Beschäftigte und ihre Betriebsräte das Recht erhalten, über die Zukunft ihrer Standorte und ihrer Arbeitsplätze mitzuentscheiden. Auf gesetzlicher Grundlage sollen die Betriebsräte weitreichende Mitbestimmungsrechte bei allen wichtigen Fragen erhalten: bei Betriebsänderungen, Standortverlagerungen und Entlassungen. Denn die produktive Arbeit und das Wissen der Beschäftigten sei die Grundlage für ein soziales und klimagerechtes Wohlstandsmodell der Zukunft, heißt es zur Begründung dieser parlamentarischen Initiative.



## Zu Besuch beim Kommando Spezialkräfte in Calw

Am 30. März war der verteidigungspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE Tobias Pflüger zu Besuch beim Kommando Spezialkräfte (KSK) in Calw. Unter anderem wurde über das Problem der Rechtsextremisten in den Reihen des KSK und über die Munitionsverluste gesprochen. Pflüger berichtet: „Das KSK geht immer offener mit den eigenen Problemen um. Dennoch muss weiterhin darüber gesprochen werden, weshalb diese Eliteein-

heit so attraktiv für Neonazis ist. Es muss ja Gründe geben, warum sich hier rechtsextreme Akteure über Jahre festsetzen konnten. Da sprechen wir von strukturellen Problemen, die eine solche Elitekampfeinheit mit sich bringt. Trotz der aktuell sichtbaren Bemühungen sehe ich nicht, dass sich das KSK reformieren lässt. Auf Nachfrage hat der Kommandeur außerdem bestätigt, dass das KSK bislang noch keinen einzigen Einsatz zur Befreiung von

Geiseln hatte. Nach außen hin wird dies jedoch oft als Hauptaufgabe des KSK dargestellt. Die tatsächlichen Tätigkeitsfelder des KSK liegen in anderen Bereichen. Im Rahmen des Besuches kam es zu offenen Aussprachen sowohl mit der Führungsebene des KSK, als auch mit Soldatinnen und Soldaten mit verschiedensten Funktionen beim KSK. Pflüger: Insgesamt fühle ich mich darin bestätigt, dass wir eine solche Elitekampfeinheit nicht brauchen.

## „Landesregierung muss Abschiebungen nach Sri Lanka sofort stoppen!“

Michel Brandt (MdB) forderte am 31. März die grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg auf, die geplante Massenabschiebung nach Sri Lanka auf der Stelle stoppen. „Die in Pforzheim in Abschiebehaft genommenen Menschen müssen mit sofortiger Wirkung freigelassen werden. Es ist unfassbar, dass in der Woche nach der Resolution des UN-Menschenrechtsrats zur Untersuchung von schweren Völkerrechtsverstößen in Sri Lanka eine Massenabschiebung dorthin stattfinden soll und der Kurs gegen Tamil\*innen in Deutschland derartig verschärft wird.“

Brandt weiter: „Wer sich glaubhaft als Partei der Menschenrechte präsentieren möchte, darf Abschiebungen nach Sri Lanka unter keinen Umständen mittragen!“ Hintergrund: Ende März wurden vermutlich rund 100 Menschen tamilischer Herkunft in mehreren Bundesländern in Abschiebehaft genommen und sollen offenbar morgen nach Sri Lanka abgeschoben werden. Auch im Abschiebegefängnis Pforzheim befinden sich mindestens fünf betroffene Personen. In Sri Lanka wird die tamilische Bevölkerung massiv diskriminiert und erfährt Enteignung,

Folter und sexualisierte Gewalt durch die Armee. Der heutige Präsident Gotabaya Rajapaksa war als Oberbefehlshaber der Armee Sri Lankas am Genozid an der tamilischen Bevölkerung 2009 beteiligt. Dieser hatte tausende Menschen das Leben gekostet und noch immer werden 140.000 Menschen vermisst. Die Vertreibung und Diskriminierung der tamilischen Bevölkerung hält bis heute an und hat sich Berichten zufolge zuletzt drastisch verschärft. Der Genozid an der tamilischen Bevölkerung wird von der singhalesischen Regierung bis heute geleugnet.

## DIE LINKE Baden-Württemberg verurteilt die Offensive gegen die Opposition in der Türkei

„Wir sind solidarisch mit unserer Schwesterpartei HDP in der Türkei“, so die Landessprecherin der LINKEN Sahra Mirrow. DIE LINKE Baden-Württemberg verurteilt die Verbotpläne gegen die HDP in der Türkei und die Verfolgung ihrer Politiker\*innen durch drakonische Haftstrafen und Inhaftierungen. Ebenso verurteilt sie die Kündigung der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Die Mannheimer Bundestagsabgeordnete Gökyak Akbulut kritisiert: „Mit diesem Schritt werden die täglichen Frauenmorde legalisiert. Mit dem Vorgehen gegen die prokurdische HDP und der Kündigung der Istanbul-Konvention versucht Erdogan die innergesellschaftlichen Konflikte zu eskalieren, um so von der tiefen türkischen Wirtschaftskrise und seiner verfehlten Regierungspolitik abzulenken.“

Anstatt das Vorgehen des autoritären Erdogan-Regimes zu verurteilen und Druck gegen das Vorhaben der türkischen Regierung aufzubauen, verlangt der deutsche Außenminister Heiko Maas eine Distanzierung der HDP von der PKK. „Die Forderung des Außenministers Maas ist ein unglaublicher Vorgang. Seit ihrem Bestehen hat die HDP sich stets für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage sowie eine Demokratisierung der

Türkei eingesetzt. Mit einer solchen Haltung ermuntert die Bundesregierung das Erdogan-Regime geradezu, gegen die Opposition vorzugehen und stellt ökonomische und strategische Interessen über Menschenrechte“, so Bernd Riexinger, der als Bundestagsabgeordneter die Patenschaft für den inhaftierten früheren HDP-Vorsitzenden und Abgeordneten Selahattin Demirtaş übernommen hat. Urteile des Europäischen Gerichtshofs, Demirtaş sofort aus der Haft zu entlassen, werden von den türkischen Institutionen ignoriert.

Mit Sorge beobachtet MdB Michel Brandt, Obmann für Menschenrechte: „Islamisten und Faschisten wie die Grauen Wölfe werden durch die Haltung der Bundesregierung gegenüber der Erdogan-Regierung und die Verfolgung kurdischer Aktivitäten mit dem PKK-Verbot in Deutschland ermutigt. Dies drückt sich in zunehmenden Morddrohungen gegen Kritiker\*innen des politischen Kurses Erdogans aus. DIE LINKE fordert die sofortige Aufhebung des PKK-Verbots. Die enge Zusammenarbeit von Polizei und



Geheimdiensten mit der Türkei sowie die Waffenlieferungen müssen beendet werden.“

Gegen das drohende HDP-Verbot unterstützt DIE LINKE den Aufruf der Amadeu Antonio Stiftung „Solidarität mit der HDP – gegen die Autokratisierung der Türkei“. Sahra Mirrow erläutert die Bedeutung des Aufrufs: „Durch ihren Kuschkurs gegenüber Erdogan, trägt die Bundesregierung eine Mitverantwortung für das aggressive Vorgehen Erdogans. Um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, eine härtere Gangart gegen die Türkei einzuschlagen, brauchen wir möglichst breite Bündnisse.“



## Die Verkäuferin darf nicht die Krise bezahlen!

**Dietmar Bartsch (Bundestagsfraktion DIE LINKE) fordert eine Vermögensabgabe und eine Steuerreform, die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entlastet.**

Seit Jahrzehnten ist dies die schwerste Krise für das Land. Die Bundesregierung hat große Bereiche des gesellschaftlichen Lebens heruntergefahren. Kinder und Familien leiden besonders. Hilfen für Selbstständige und Unternehmen lassen auf sich warten. Millionen Existenzen sind in Gefahr. Einige wenige profitieren.

Die Corona-Krise könnte unterm Strich rund 1,5 Billionen Euro kosten. Der Großteil der Mittel war und ist notwendig, um Jobs und Unternehmen zu retten. Aber 2022 soll die Schuldenbremse wieder gelten. Die Frage nach der Finanzierung vertagt die Bundesregierung auf die Zeit nach der Bundestagswahl.

### **Vermögensabgabe für die reichsten 0,7 Prozent**

Dann wird die Rechnung präsentiert. Mit Schuldenbremse und ohne Sonderabgabe für Superreiche gibt es nur zwei Alternativen: höhere Steuern für

Normalbürger oder Kürzungen beim Sozialstaat und bei notwendigen Investitionen. Ein Kürzungshammer muss verhindert werden. Die Krise zeigt: Wir brauchen mehr Investitionen in Schulen, Krankenhäuser und Personal.

Wer bezahlt die Rechnung? Wir fordern eine einmalige Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre. Allein die 119 Milliardäre in Deutschland haben trotz Krise rund 100 Milliarden Dollar mehr auf ihren Konten als im März 2019. Der Eigentümer der Supermarktkette Lidl konnte sein Vermögen von 22 auf 36 Milliarden Dollar steigern. Die Verkäuferinnen und Verkäufer in seinen Märkten haben davon kaum etwas gesehen.

Das Grundgesetz sieht in Artikel 106 einen Lastenausgleich für solche Krisen ausdrücklich vor. Wir haben ein konkretes Konzept, das vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung

geprüft wurde. Wir beharren nicht auf bestimmten Prozentsätzen, aber darauf, dass diejenigen, denen es sehr gut geht, tatsächlich an den Kosten beteiligt werden. Es geht nicht um die Eigenheimbesitzer, sondern um die reichsten 0,7 Prozent.

### **Fahrplan für die Steuerreform**

Die einmalige Vermögensabgabe ist kein Ersatz für eine große Steuerreform. Wir brauchen Gerechtigkeit bei der Besteuerung von Erbschaften und Einkommen. Im Jahr 2019 haben 40 Personen 9,4 Milliarden Euro geerbt bzw. geschenkt bekommen, aber nur 170 Millionen Euro Steuern gezahlt.

Ein realer Steuersatz von unter 2 Prozent auf leistungsloses Mega-Einkommen, während hart arbeitende Menschen auf ihre Löhne sehr hohe Abgaben und Steuern zahlen müssen? Das muss sich ändern. Den Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer wollen wir auf 14.400 Euro im Jahr anheben und den Tarifverlauf glätten. Der Spitzensteuersatz sollte nur für Spitzenverdiener gelten, später einsetzen, aber dafür wieder angehoben werden. Warum nicht wie zu Zeiten Helmut Kohls?

Menschen mit schmalem Portemonnaie vor den Krisenkosten schützen, kleine und mittlere Einkommen entlasten, Topverdiener belasten. Konkret: Bruttolöhne um die 3.000 Euro – das betrifft Millionen Beschäftigte – werden nach unserem Steuerkonzept um über 100 Euro im Monat entlastet.

## Überlastung der Krankenhäuser ist absehbar

Zu Ostern haben sich Beschäftigte der baden-württembergischen Krankenhäuser, die Gewerkschaft ver.di und der Marburger Bund in einer gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit gewandt.

Sie fordern von der Landesregierung und vom Bund wirksame und gerecht verteilte Maßnahmen, um eine Überlastung der Intensivstationen zu vermeiden. Seit über einem Jahr arbeiten Beschäftigte dort ohne echte Erholungspausen unter hohem Infektionsrisiko – für sich und ihre Familien. Dramatisch ist, dass es auch in den Zeiten zwischen den Wellen keine Entspannung der kritischen Lage geben konnte, da dringende notwendige planbare Eingriffe nachgeholt wurden. Die operierten Patientin-

nen und Patienten belegen ebenfalls Betten auf den Intensivstationen. Der seit Jahren bestehende Personalmangel und die damit einhergehende massive Arbeitsverdichtung der vergangenen Jahre in den Krankenhäusern rächt sich in der Corona-Pandemie maximal, heißt es in dem Apell. Dr. Frank Joachim Reuther, Vorsitzender des Landesverbands Baden-Württemberg des Marburger Bundes: „Die Überlastung ist absehbar. Wenn nach der Pandemie noch gesunde und einsatzfähige Beschäftigte auf den Intensivstationen zur Verfügung stehen sollen, die Menschen nach schweren Unfällen, Schlaganfällen, Herzinfarkten oder schweren Operationen behandeln sollen, dann muss jetzt alles dafür getan werden, um die

Infektionszahlen in Grenzen zu halten und wieder nach unten zu bringen.“ Regina Glockmann, Vorsitzende des Fachbereichs Gesundheit & Soziales, ver.di Baden-Württemberg: „Wie die Politik seit dem Beginn der Pandemie mit uns Beschäftigten in den Krankenhäusern umgeht, ist beschämend. Der Bundesgesundheitsminister muss umgehend mit einer gesetzlich vorgeschriebenen Personalbemessung für genügend Personal sorgen. Die Vorlage für ein solches System liegt beim Bundesgesundheitsminister seit 15 Monaten zumindest für die Pflege auf dem Tisch. Das ist fahrlässig. Wir sind nicht mehr bereit das weiter hinzunehmen. Das gefährdet die Gesundheit der Patientinnen und Patienten und der Pflegekräfte.“

## Bitte unterstütze uns mit deiner Spende

Der Landtagswahlkampf ist vorbei, der Bundestagswahlkampf steht bevor. Sichtbarkeit vor Ort und Wahlkämpfe kosten eine Menge Geld. Anders als Grüne, CDU, SPD und FDP erhalten wir keine Großspenden von Konzernen oder aus dem Arbeitgeberverband Südwestmetall. Jede Spende hilft! Auch ein geringerer Betrag trägt dazu bei, die politische Arbeit in den Gemeinden, Kreisen, Regionen und im Ländle zu stabilisieren und zu kräftigen. Spenden, die direkt einem bestimmten Kreisverband zu Gute kommen sollen, bitte entweder an unser Konto mit einem Stichwort des Ortes versehen oder direkt an den Kreisverband überweisen.

Spendenkonto: IBAN: DE58 6001 0070 0289 5827 00

Postbank Stuttgart, BIC: PBNKDEFF

Bitte nenne Verwendungszweck, Vorname, Name, Adresse.

Deine Spende und deine Beiträge an DIE LINKE können bei der Einreichung an das Finanzamt steuerbegünstigt berücksichtigt werden. Spendenbescheinigungen stellen wir jeweils nach Ablauf des Kalenderjahres aus.

## Kriterien für die Landesliste zur Bundestagswahl am 26. September

Der Landesvorstand fasste am 17. Januar folgenden Beschluss über die Kriterien zur Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl am 26. September 2021. Es soll eine Liste quotiert mit 20 Kandidatinnen und Kandidaten aus den Wahlkreisen gewählt werden. Auf der Liste sollen sowohl die Themenbreite der Partei als auch die Regionen des Landes berücksichtigt sein. Der Landesvorstand unterstützt zudem einen entsprechenden Kriterien-Beschluss der Bundesebene und bittet die Bewerberinnen und Bewerber, diese in Form einer politischen Vereinbarung anzuerkennen. Die Kriterien:

1. Fähigkeit und Bereitschaft zur parlamentarischen Arbeit und zur Unterstützung der außerparlamentarischen Arbeit auf Grundlage des Programms und des auf dem Bundesparteitag zu beschließenden Bundestagswahlprogramms.
2. Fachliche Qualifikation in mindestens einem Politik-Bereich und Kompetenz bei den zentralen inhaltlichen Schwerpunkten des Wahlprogramms.
3. Fähigkeit zu kommunikativem Verhalten und öffentlichem Auftreten. Bereitschaft, bei der Wahlkampf-vorbereitung mitzuarbeiten und an Seminaren für die Landesliste bzw. Wahlkreiskandidat:innen teilzunehmen.
4. Beruflicher und privater Werdegang, der den Grundsätzen der Partei nicht widerspricht.
5. Bisherige Arbeit und Anerkennung z.B. in kommunalen, sozialen, ökologischen gewerkschaftlichen, antifaschistischen, feministischen, internationalistischen, antimilitaristischen oder kulturellen Zusammenhängen - überregional oder vor Ort.
6. Aktive Unterstützung der Arbeit des Landesverbandes, der Gewinnung neuer Mitglieder, Unterstützung des Jugendverbandes, positive Haltung zum linkspluralen Charakter der Partei.
7. Befürwortung der Geschlechterdemokratie; Einhaltung der Quotierung auf der Landesliste.
8. Zahlung des monatlichen Mitgliedsbeitrags entsprechend Beitragstabelle plus Bereitschaft, für die Partei zusätzlich einen angemessenen Mandatsträgerbeitrag zu spenden.
9. Der Landesvorstand legt Wert auf die Bereitschaft, das jeder/jede Mandatsträger:in ein Wahlkreisbüro in der Region unterhält und personell gut ausstattet. Nach Möglichkeit Zweidrittel, mindestens aber die Hälfte der finanziellen Ressourcen und der Ressourcen für Beschäftigung sollen für parlamentarische Arbeit im Wahlkreis und in der Region Baden-Württemberg eingesetzt werden.
10. Die Abgeordneten der LINKEN aus Baden-Württemberg bilden eine Landesgruppe und gewährleisten gemeinsam eine optimale politische Präsenz der Bundestagsfraktion mit regionalen Büros. Es besteht die Bereitschaft, vor der Einstellung von Personal in den Wahlkreisbüros den jeweiligen Kreisvorstand und den Landesvorstand anzuhören.
11. Die bisherige Zusammenarbeit der Landesgruppe und der Mitarbeitenden war erfolgreich. Für die zukünftige Landesgruppe erwarten wir eine stärkere Orientierung auf landespolitische Bezüge sowie die stärkere Berücksichtigung auch des ländlichen Raums. Erwartet wird, dass die MdBs Teil der bestehenden Abgeordnetengemeinschaft werden. Über die Arbeit der Landesgruppe wird in den Landesgremien regelmäßig berichtet.
12. Regionale und thematische Verteilung: Die zu wählende Landesliste sollte aus einem Team bestehen, bei dem Regionen und unterschiedliche Bereiche der politischen Arbeit berücksichtigt sind. Auf den aussichtsreichen Listenplätzen sollen Kandidatinnen und Kandidaten aus allen vier Regierungsbezirken vertreten sein.

## Bundestagswahl, Bewerbungen zur Landesliste, quotierte Liste

### Gökay Akbulut

**38 Jahre, geb. in Pinabarski /Türkei; KV Mannheim, Sozialwissenschaftlerin, Sozialarbeiterin für benachteiligte Jugendliche, Berufsberaterin in Hauptschulen, 2014 bis 2018 Stadträtin in Mannheim, Bundestagsabgeordnete seit 2017, Sprecherin für Migration- und Integration der Linksfraktion; Ausschuss für Recht & Verbraucherschutz; stellv. Mitglied des Europarates. Mitgliedschaften: GEW, RLS BW, Flüchtlingsrat BW, Mehr Demokratie e.V, Mannheim sagt JA, CENİ - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V, Links\* Kanax.**

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin 2006 als Studentin aufgrund der Friedenspolitik in die DIE LINKE eingetreten. Seit 2010 bin ich im Kreis- und Landesverband (LAG Migration & Antirassismus, Frauenpolitik, Bildung) aktiv. Politisiert wurde ich früh in der kurdischen Bewegung, wo ich mich nach wie vor für die Rechte der oppositionellen Kräfte in der Türkei einsetze. In den vier Jahren als Stadträtin in Mannheim konnte ich kommunalpolitische Erfahrungen u.a. in den Ausschüssen Sicherheit, Bildung und Integration sammeln.

Aufgrund meiner beruflichen Erfahrungen mit benachteiligten Jugendlichen ist für mich das Thema Bildungsgerechtigkeit besonders wichtig. Da ich selbst aus einer Arbeiterfamilie mit Migrationsgeschichte komme, weiß ich, wie schwer es ist, hier an-zu-kommen, den eigenen Weg zu finden und wie entscheidend der Zugang zu Bildung ist. Struktureller Rassismus und Diskriminierungen erschweren das Leben von Geflüchteten und Migrant\*innen, um das zu ändern, kämpfe ich seit 2017 als Sprecherin für Migration & Integration in der Bundestagsfraktion für eine emanzipatorische, linke Migrationspolitik. Im Rechtsausschuss habe ich einige Parlamentarische Initiativen zur Modernisierung des Grundgesetzes, des Staatsangehörigkeitsgesetzes und die Beteiligung Deutschlands am UN Migrationspakt eingebracht.

In den vergangenen dreieinhalb Jahren war es für mich wichtig, meine fachliche Arbeit im Bundestag mit meiner Arbeit im Wahlkreis und im Landesverband zu verbinden. Die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften, mit sozialen, feministischen, migranti-



schon und ökologischen Bewegungen, bildet die Grundlage meiner politischen Arbeit. Darum liegt mir beispielsweise die Hartz-IV-Beratung in Mannheim besonders am Herzen, die ich mit aufgebaut habe, um Betroffene aktiv zu unterstützen. Arbeitskämpfe in Mannheim und der Region habe ich unterstützt. Ich bitte um Eure Unterstützung für meine Kandidatur und freue mich auf einen engagierten Wahlkampf mit Euch.

## Lenya Glock

**KV Esslingen**

**„Unpolitisch sein heißt politisch sein, ohne es zu merken.“**

**Rosa Luxemburg**

Liebe Genoss\*innen,

Mein Name ist Leaf (bürgerlich noch Lenya) Glock und ich möchte für die Bundestagswahl 2021 kandidieren. Ich bin 18 Jahre alt, wohne seit meinem Geburtstag im Oktober in einer WG in Esslingen (davor habe ich in Baltmannsweiler gewohnt) und mache dieses Jahr Abitur und danach (so Corona es wolle) ein Praktikum beim Landesfilmdienst Baden-Württemberg (oder ich ziehe in den Bundestag ein). Eigentlich war der Plan, ab September Literatur und internationale Politikwissenschaft zu studieren, pandemiebedingt muss mein Studienplatz jetzt erst mal auf mich warten. Warum sollten Genoss\*innen meine Kandidatur unterstützen?

## Heike Hänsel

**55 Jahre, wohnhaft in Tübingen, Mitglied im KV Tübingen, Ernährungswissenschaftlerin, Bundestagsabgeordnete, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Unterausschuss Vereinte Nationen, Leiterin des Arbeitskreises Außenpolitik der Fraktion. Mitglied bei: Verdi, VVN-BdA, DFG-VK, Pax Christi, Attac, Friedensplenum Tübingen, Friedensnetz Ba-Wü**

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte erneut für den Bundestag kandidieren. Mein Kreisverband hat mich mit 93% Unterstützung als Direktkandidatin aufgestellt. Ich bewerbe mich um Platz 2 der Landesliste. DIE LINKE hat sich als konsequente Friedenspartei bundespolitisch über viele Jahre hinweg glaubwürdig profiliert. Ich möchte weiterhin dazu beitragen, dass dies so bleibt. Es ist Die Linke, die unsere kapitalistische Wirtschaftsweise der Profitmaximierung grundsätzlich in Frage stellt, um die soziale Spaltung und die Klimakrise zu überwinden. Nur wir prangern auch Krieg und Militär als Teil der Klimazerstörung an. Gerade jetzt benötigen wir dringender denn je eine friedliche Außenpolitik, die nicht die globale Konfrontation und die Rüstungsausgaben anheizt, sondern zu weltweiter Abrüstung und Entspannungspolitik beiträgt. Das Geld für Aufrüstung wäre besser im sozial-

## Zara Dilan Kızıltaş

**Alter: 21 Jahre**

**Wohnort: Heidelberg**

**Kreisverband: KV Heidelberg/ Badische Bergstraße**

**Tätigkeit: Studierende des Lehramts  
Schwerpunkthemem: Soziales und Antirassismus**

**Kandidatur auf Platz 7 oder 9**

Seit ich ein kleines Kind bin, war ich immer wieder bei politischen Veranstaltungen der Linken dabei, egal ob Kundgebung, Infostand oder Weihnachtsfeier und ich bin auch bei der Linksjugend Esslingen. Als Mitglied der Partei ist es mir ein Anliegen, eine jugendliche Stimme in den Bundestag zu bringen, der seit ich denken kann, von älteren Menschen dominiert wird. Nach dem Motto: „Essen ist politisch!“ versuche ich als Veganer\* ethisch korrekt und nachhaltig zu konsumieren. Wir sind alle gemeinsam für die Zukunft unseres Planeten verantwortlich, ich will als Kandidat\* zur Bundestagswahl meinen Beitrag dazu leisten und bitte hierfür um eure Unterstützung. Themen wie der Klimaschutz zählen dementsprechend zu meinem Interessensgebiet. Außerdem ist mir als Nicht-binäre, bi/pansexuelle Person mit finanziell schwachem Hintergrund na-

ökologischen Umbau und der öffentlichen Daseinsvorsorge investiert. Statt die Bundeswehr in immer neue Auslandseinsätze zu schicken und skrupellos Waffen in alle Welt zu verkaufen, könnte Deutschland vielmehr mit einer aktiven Friedenspolitik zur Überwindung von Fluchtursachen beitragen. Für eine Welt, in der niemand mehr fliehen muss. Und für eine humane europäische Flüchtlingspolitik, die menschenunwürdige Flüchtlingslager an den europäischen Außengrenzen nicht akzeptiert und die zivile Seenotrettung als selbstverständliche zivilisatorische Aufgabe ansieht.

Neben meiner parlamentarischen Arbeit, kommt es mir schon immer darauf an, gesellschaftliche Machtverhältnisse außerparlamentarisch zu verschieben. Mein politischer Hintergrund ist die Friedensbewegung und das globalisierungskritische Netzwerk Attac, das u.a. für weltweite gerechte Handelsstrukturen für den Globalen Süden kämpft.

Mein Mandat habe ich immer auch für konkrete Solidaritätsarbeit eingesetzt. Sowohl in meinem Wahlkreis als auch international. Dazu gehörte in den letzten Jahren der Einsatz für politische Gefangene in der Türkei, z.B. die Prozessbegleitung von Mesale Tolu und Adil Demirci in Istanbul sowie zahlreiche Wahlbeobachtungen in den mehrheitlich kurdischen Gebieten der Türkei. Die Be-

Liebe Genoss:innen, die Folgen der Pandemie, die vor Allem die Vulnerabelsten treffen, werden uns noch lange beschäftigen. Wie können wir die soziale Spaltung, die durch die Pandemie nicht entstanden aber vertieft wurde, bekämpfen? Wie zeigen wir, dass all diese Folgen Symptome eines kränkelnden, krisenaf-



türlich auch wichtig, LGBTQ+Themen zu vertreten und die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen.  
*Für eine bessere Welt, Leaf Glock*



gleitung und Unterstützung von gefährdeten Friedensaktivist\*innen in Kolumbien, die Solidaritätsarbeit für Kuba und die Begleitung des Prozesses gegen den Wikileaks-Gründers Julian Assange in London. Darüber hinaus fahre ich seit 2015 regelmäßig auf die griechische Insel Lesbos, um Flüchtlingsprojekte mit aufzubauen und die unhaltbaren Zustände in Moria und jetzt neu Kara Tepe anzuprangern, damit die Menschen endlich evakuiert werden.

*Für diese Arbeit innerhalb und außerhalb des Parlaments bitte ich erneut um Euer Vertrauen und Eure Unterstützung.*

finen Systems sind?

Meine Herzensthemen sind das Soziale, Antirassismus und Feminismus. Dazu konnte ich als Stadträtin in den Ausschüssen für Soziales und Chancengleichheit, für Jugendhilfe wie als auch für Bildung und Kultur bereits viele Einsichten erlangen und würde diese Erfah-



rungen gerne auf Bundesebene einbringen. Besonders wichtig ist mir hier die Verbundenheit dieser Themen miteinander und den Krisen, die wir im Kapitalismus erleben. Ich setze mich also für eine klassenorientierte Politik ein, die nicht spaltet, sondern verbindet. Und ich setze mich für eine bewegungsorientierte Politik ein. Egal wann und wo, linke Politik kann nur in Bewegung erfolgen. Stets sollte es Ziel linker Mandatsträger:innen sein, Bewegungen in die Parlamente zu tragen. Diese Maxime konnte ich bereits mehrfach verwirklichen, als ich DIE LINKE in antirassistischen und feministischen Bündnissen vertreten habe.

Dass ich sehr jung bin ist offensichtlich, weshalb ich nicht den Anspruch an mich stelle, alles zu wissen und alles zu

## Imke Pirch

**geb.1990, Gesundheits- und Krankenpflegerin, Kandidatin im Wahlkreis 283 Emmendingen-Lahr, bewirbt sich für Listenplatz 7. Schwerpunktthemen: Gesundheit und Pflege, Arbeit und Soziales.**

Liebe Genossinnen und Genossen, ich beschreibe meinen Start in die Politik gerne als Katapultstart, von Null auf Hundert. Vor etwa einem Jahr wurde ich gefragt, ob ich bei den Landtagswahlen im Wahlkreis Freiburg West kandidieren würde. Damit wurde das Seil gekappt und ich setzte mich in Bewegung, wobei ich mein Engagement in der Partei DIE LINKE. meine, denn in Bewegungen bin ich schon seit vielen Jahren aktiv.

Als Gesundheits- und Krankenpflegerin streite ich seit Beginn meiner Ausbildung für ein solidarisches, an den Bedürfnissen orientiertes Gesundheitswesen und für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege. Mein Beruf hat mich politisiert und aktiviert. Ich gehöre zu einer Berufsgruppe, die immer wieder und doch viel zu wenig auf der Straße zu sehen ist. Durch die Pandemie liegt nun der Fokus auf dem Gesundheitswesen

## Jasmin Scheiwanthi Runge

**28 Jahre; Kinderkrankenpflegerin, Bildungswissenschaftlerin; derzeit im Jura-Studium. 2016 Eintritt in DIE LINKE; 2017 Bundestagskandidatin im Wahlkreis Ravensburg. Seit 2019: Kreisvorsitzende im KV Ravensburg; 2021: Bundestagskandidatin im Wahlkreis Ravensburg. Delegierte Landesausschuss; Bundesparteitage-delegierte. Mitgliedschaften in ver.di, Amnesty International, SOS Kinderdorfpatin in Kamerun, Care e.V.**

Liebe Genoss:innen, die Gesellschaft, in der wir leben ist sowohl Spiegel als auch Resultat unserer Politik. Ich erkenne in dieser Gesellschaft zu viele Verlierer:innen zu Gunsten von sehr wenigen Gewinner:innen. Um diesen Menschen eine Stimme zu

können. Aber was uns als LINKE doch ausmacht ist die Solidarität, der Wille die gesellschaftlichen Bedingungen verändern zu wollen und der Wille immer mehr lernen zu wollen. Wir wollen das Land sozial und gerecht machen!

Wir werden einen tollen Wahlkampf führen, geprägt von Solidarität und dem Streben nach Gerechtigkeit. Ich bin mir sicher, dass wir das gemeinsam bestens meistern werden und freue mich auf den Wahlkampf.

Ich kandidiere hiermit für Platz 7 oder 9 der Landesliste zur Bundestagswahl 2021 und würde mich sehr über eure Unterstützung und euer Vertrauen freuen.

*Solidarische Grüße,  
Zara Kızıtaş*

und offenbart die massiven Mängel im System: Es ist nichts Neues, dass es zu wenig Pflegepersonal gibt, doch in der Krise wird die Überlastung noch sichtbarer und plötzlich erfahren Pflegende symbolische Wertschätzung. Die materielle Wertschätzung bleibt aus. Durch das Fallpauschalensystem wird keine Vorratshaltung betrieben und keine Bettenkapazitäten freigehalten. Profite von Pharmaunternehmen werden über das möglichst schnelle Vorantreiben der Impfkampagne gestellt und damit über Menschenleben. Menschen vor Profite! Das treibt mich in meinem politischen Engagement an. Bei dieser Bundestagswahl mitten in der dritten Welle der Corona-Pandemie stehen wir als DIE LINKE. als die Partei zur Wahl, die seit jeher das Gesundheitssystem kritisiert und ich werde als Gesundheits- und Krankenpflegerin die Dringlichkeit eines Systemwechsel verdeutlichen.

„Menschen vor Profite“ muss in jedem Bereich unserer Gesellschaft gelten: Wohnraum für alle, nicht als Spekulationsobjekte. Lohn von dem Menschen leben können. Arbeit, die nicht krank



macht.

Bei den Landtagswahlen konnten wir in Freiburg West das landesweit beste Ergebnis erzielen. Ich möchte daran nahtlos anknüpfen und durch die Bundestagskandidatur meinen Beitrag im Kampf für eine sozialere, gerechtere Politik und somit eine starke LINKE. leisten.



Gerade in unserem Gesundheitssystem wird dies besonders deut-

lich. Die massive Belastung von Krankenpfleger:innen, die ich als Kinderpflegerin hautnah miterleben musste, ist dabei nur ein Faktor von vielen. Unser Gesundheitssystem ist unterfinanziert und das nicht erst seit Corona. Gehälter werden gekürzt und die Pflegekräfte arbeiten am Limit. Mittlerweile fehlen allein in den Krankenhäusern mindestens 100.000 Pfleger:innen. Als Kinderkrankenpflegerin möchte ich meinen

## Jessica Tatti

**39 Jahre, Reutlingen, Sozialarbeiterin, Mitglied des Bundestages seit 2017, Ausschuss für Arbeit und Soziales, Parlamentariergruppe Westafrika, Sprecherin für Arbeit 4.0 der Linksfraktion, Mitgliedschaften: u.a. ver.di, Deutscher Mieterbund, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, VVN.**

Liebe Genossinnen und Genossen, die Pandemie führt uns drastisch vor Augen, wie tief die soziale Spaltung in Deutschland ist. Während die einen um ihre Arbeitsplätze und um ihre Existenzen fürchten, machen andere mit der Krise Milliardenumsätze. In dieser schwierigen Zeit steht DIE LINKE fest an der Seite der abhängig Beschäftigten, der kleinen Selbstständigen, der Menschen, die ein normales Einkommen haben oder von Hartz IV leben müssen.

Es darf nicht sein, dass allein sie die Zeche bezahlen für die Bekämpfung der Pandemie, für globalen Wettbewerb und die sozialen Folgen der Digitalisierung und des Klimawandels. Die Superreichen müssen gerade jetzt gezwungen werden, ihren gerechten Anteil für ein funkti-

## Johanna Tiarks

**39 Jahre, Stuttgart, KV Stuttgart, Lehrerin für Pflegeberufe, Schwerpunktthema Pflege. Engagement & Mitgliedschaften: Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK), Berufsverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe (BLGS), ver.di, Solidarische Landwirtschaft Stuttgart (SoLaWiS) e.V., Walk of Care Stuttgart, Bezirksbeirat Stuttgart Mitte**

Wir können die Zukunft für die Menschen gerechter machen. Ein gutes Leben für Alle wäre längst möglich und es liegt an uns, dieses zu gestalten. Deswegen kämpfe ich jeden Tag in meinem Beruf als Lehrerin für Pflegeberufe und als Mutter eines 12jährigen Sohnes für eine gerechtere Gesellschaft.

Schon während meinem Studium zur Pflegewissenschaftlerin wurde mir klar, dass Bildung mir nicht helfen wird, in einem Gesundheitssystem das auf Profite ausgerichtet, ist die Bedingungen für Pflegende zu verbessern. Daraufhin begann ich mich im Berufsverband DBfK zu engagieren, wurde Mitglied bei Die Linke und bei der Gewerkschaft

Kolleg:innen eine verlässliche, starke und laute Stimme im Bundestag sein.

Als Buddhistin mit Wurzeln aus Sri Lanka habe ich auch Rassismus hautnah miterlebt, egal ob im Alltag, in der Schule oder im Job. Mit über 500 Menschen auf dem Marienplatz in Ravensburg haben wir vergangenes Jahr ein deutliches Zeichen gegen Polizeigewalt und Rassismus gesetzt. Seit dem Attentat in Hanau und dem Mord an Walter Lübcke zeigt sich,

onierendes Gemeinwesen zu leisten.

Corona zeigt, dass die Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand gehört. Ob Infrastruktur, Wohnen, Bildung oder Gesundheit - der Staat muss für Güter und Dienstleistungen garantieren, auf die wir alle angewiesen sind. Profitgier und Marktlogik haben hier nichts verloren. Die verheerenden Privatisierungen müssen rückgängig gemacht werden.

Dafür streiten wir im Parlament und auf der Straße. Im Schulterschluss mit den Gewerkschaften, die für gute und sichere Arbeit kämpfen. Mit den Beschäftigten in den Betrieben, wo immer sie unsere Unterstützung brauchen. Im Bündnis mit Verbänden, Initiativen und Bewegungen.

Die parlamentarische Arbeit darf nicht an den realen Problemen der Menschen vorbeigehen. Deshalb müssen wir dorthin, wo wir diejenigen treffen, für die wir Politik machen. In Erwerbslosenver-

ver.di. Ich bin Mitglied im Bezirksbeirat Stuttgart Mitte und arbeite in Teilzeit für Die FrAKTION (Die Linke, SÖS, Piraten, Tierschutzpartei) im Gemeinderat Stuttgart

Bundesweit sind seit 2004 jährlich 18 Kliniken der Ökonomisierung des Gesundheitswesens zum Opfer gefallen – im Coronajahr sind es sogar 20! Durch die Privatisierung und Kommerzialisierung der Krankenhäuser sind zehntausende Stellen eingespart worden, die jetzt fehlen.

Über 300 000 Pflegende gibt es in Deutschland, die wieder in ihren Beruf zurück gehen würden, wenn sich die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen verbessern würden. Dafür müssen wir das Gesundheitssystem der Gewinnlogik entziehen und eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung einführen.

Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen betrug 2019 immer noch 19 Prozent. Und obwohl im

dass es wichtiger denn je ist, dass es im Bundestag eine weitere klare antifaschistische und antirassistische Stimme gibt. Ich möchte mich mit aller Leidenschaft für diese Werte einsetzen und für eine bewegungsorientierte LINKE kämpfen, die eng mit den außerparlamentarischen Bewegungen zusammenarbeitet. Vielen Dank für euer Vertrauen. Mein Kreisverband unterstützt meine Kandidatur einstimmig.



eine, in soziale und migrantische Organisationen, zu Aktionen gegen Rassismus oder Aufrüstung, zu Initiativen gegen Mietwucher.

Hierbei will ich auch in Zukunft unseren Landesverband, die Kreisverbände und Mitglieder unterstützen, die unserer Partei vor Ort ein Gesicht geben. So können wir stark genug werden, um gemeinsam dieses Land gerecht zu machen. Dafür will ich mich mit ganzer Kraft einsetzen und bitte erneut um Euer Vertrauen, *Jessica*



Gesundheitswesen der Großteil der Beschäftigten weiblich ist, ist der Gender Pay Gap hier sogar bei 25 Prozent.

Wir brauchen eine Geschlechtergerechtigkeit, die eine Emanzipation für die gesamte Gesellschaft bedeutet. Das heißt auch: Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit!

Im September 2021 entscheiden die Wähler\*innen darüber, wie stark die Linke im Bundestag vertreten sein wird. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass die Linke einen gewaltigen Druck von Links ausübt.



## Bundestagswahl, Bewerbungen zur Landesliste, gemischte Liste

### Simon Baumgart

19 Jahre, Aktivist, geb. 2001 in Baden-Baden; derzeit KV Karlsruhe; Schule nach der 12. Klasse für ein Praktikum (mit Fachabitur) bei einem großen Energiekonzern abgebrochen; Praktikum aus moralischen Gründen abgebrochen; Vollzeitaktivismus, hauptsächlich bei Fridays for Future.

**Tätigkeit:** Gespräche mit Politiker\*innen führen, Podiumsdiskussionen, Reden, Vorträge und Bildungsarbeit; nebenher kleine Jobs: Ikea Hotdogs, Promotion, Bürojobs. (kein Foto eingereicht)

**Klimagerechtigkeit:** Der Klimawandel als Thema des Jahrhunderts, wenn nicht sogar des Jahrtausends, wird neue Debatten über soziale, globale und Generationengerechtigkeit aufwerfen, die DIE

### Anil Beşli

Alter: 25, Leinfelden-Echterdingen, KV Esslingen, Student

Schwerpunktthema: Antirassismus - Klimagerechtigkeit

Liebe Genoss:innen, ich heiße Anil und ich kandidiere hiermit für Platz 7 (bzw. 8. Je nachdem wie es nach der quotierten Liste reinpasst.) der Landesliste.

Ich bin 25 Jahre alt und bin in einem politischen türkisch-kurdischen Verein in Stuttgart aufgewachsen. Ich studiere momentan auch Politikwissenschaft und Ethnologie in Tübingen und werde dieses Studium auch demnächst abschließen. Neben meinem Studium bin ich ebenfalls in der politischen Bildung als Bildungsreferent tätig, um das Studium auch finanzieren zu können. Hierbei sind meine (Haupt-)Themen Antirassismus und Demokratietraining.

Im Februar 2018 bin ich der Partei beigetreten. War aber schon bereits davor aktiv innerhalb der Partei. Seitdem bin ich auch Mit(neu-)begründer der

### Michel Brandt,

30 Jahre alt, wohnhaft in Karlsruhe, Kreisverband Karlsruhe, Schauspieler, Mitglied des deutschen Bundestages, Schwerpunkt Menschenrechte.

Liebe Genoss\*innen, erneut hat mich der KV Karlsruhe als Direktkandidat für die Bundestagswahl aufgestellt. Gerne will ich meine erfolgreiche Arbeit mit meinem Team im Bundestag und im Wahlkreis fortsetzen.

Egal welche Krise oder Herausforderung, ob Klima oder Corona, Krise der Solidarität oder die Schere zwischen Arm und Reich, eine starke LINKE ist so wichtig wie nie zuvor.

Ich bin davon überzeugt, dass es eine politische Kraft braucht, die mehr will als nur den Kapitalismus und sei-

LINKE sehr gut beantworten kann und muss. Ich möchte zeigen, dass wir auch auf diese Fragen eine Antwort haben und in Bundestag und Öffentlichkeit Druck machen und klarstellen, dass wir, auch was das Klima angeht, die beste Option sind. Es ist nicht die globale Erwärmung alleine, die wir bekämpfen müssen. Der Kampf gegen den Klimawandel kann nur Hand in Hand mit einem sozialen Kampf funktionieren!

**Fluchtbewegungen:** Nicht erst seit gestern geben Menschen alles auf, nehmen alles in Kauf, um vor den Folgen des Klimawandels, des Kapitalismus, vor Krieg und Korruption zu fliehen. Nur um dann von der Friedensnobelpreisträgerin EU von Bord gestoßen zu werden. Von

Linksjugend „solid Stuttgart in der wir mittlerweile ca. 45 aktive Jugendliche sind. Des Weiteren habe ich auch die Migrantifa Stuttgart mitgegründet, mit der wir in den letzten Monaten sehr viel sehr gute und öffentlichkeitswirksame Aktionen durchführen konnten.

Durch meine Kandidatur bei den letzten LTW in Baden-Württemberg, konnte ich bereits wichtige Erfahrungen sammeln können und möchte diese auch bei den anstehenden BTW benutzen, um für unsere Partei das bestmögliche Ergebnis einfahren zu können!

Sowohl durch meinen zivilgesellschaftlichen Aktivismus, als auch durch meine eigenen Erfahrungen ist der Antirassismus/Antifaschismus mein Hauptthema meiner politischen Arbeit. Mein zweites Hauptthema, ohne dazwischen in der Wichtigkeit zu unterscheiden und

ne Krisen zu verwalten. Eine Kraft, die eine Perspektive gibt, die die Frage: Wie wollen wir eigentlich leben? in den Vordergrund rückt; eine Kraft, die echte Hoffnung auf Veränderung macht.

Wer, wenn nicht wir, soll die Kraft sein, die in der Lage und willens ist, glaubwürdig und in realen Auseinandersetzungen für Solidarität, sozialen Ausgleich, Klimagerechtigkeit und Frieden zu kämpfen. Dazu möchte ich im Menschenrechtsausschuss weiter meinen Beitrag leisten.

Durchgehend versuche ich den Dreiklang von parlamentarischer Ar-

beit, Aufbauarbeit für unsere Partei DIE LINKE und die Verbindung zu Gewerkschaften und Bewegungen auf der Straße in meiner täglichen Arbeit

Deutschland und der EU dürfen keine Menschenrechtsverletzungen mehr ausgehen. Dazu brauchen wir eine konsequentere Politik und ein umfassenderes und schärferes Lieferkettengesetz, das auch präventiv gegen die teils neokolonialistischen Energiewendepläne der Bundesregierung wirkt.

**Soziale Gerechtigkeit:** Als Kind einer alleinerziehenden Mutter, das auch teilweise mit Hartz IV aufgewachsen ist, weiß ich wie es ist, wenn soziale Teilhabe am Geldbeutel scheitert. Im reichen Deutschland wächst immer noch jedes fünfte Kind in Armut auf. Um allen Menschen ein würdevolles Leben zu garantieren brauchen wir ein bedingungsloses Grundeinkommen.



auch, weil in diesen beiden Themenpunkten gemeinsam gekämpft werden muss, ist der Klimaschutz. Vor allem durch gemeinsame Aktionen und Projekte habe ich hier sehr gute Drähte zur Klimabewegung in Esslingen, Stuttgart und Region.

Mit dem Ziel diese Themen im Bundestag für unsere Partei zu vertreten, hoffe ich auf eure Unterstützung!

*Solidarische Grüße Anil*



beit, Aufbauarbeit für unsere Partei DIE LINKE und die Verbindung zu Gewerkschaften und Bewegungen auf der Straße in meiner täglichen Arbeit



umzusetzen.

Durch meinen Kampf gegen die Festung Europa und den Mitaufbau und die Unterstützung der Seebrücke habe ich es geschafft, mich als glaubhafter Akteur zu positionieren. Zeugnis dessen ist auch meine Wahl zum stellvertr. Vorsitzenden des Migrationsausschusses im Europarat.

## Ecevit Emre

**46 Jahre, verheiratet, drei Kinder, Messebauer, KV Rhein-Hardt, Bundessekretär des Geistlichenrates der Alevitischen Gemeinde Deutschland e.V.**

**Schwerpunktthema: Solidarische Einwanderungsgesellschaft**

Liebe Genoss\*innen,

was hat mich - einen Migrant und Repräsentanten der alevitischen Gemeinden in Deutschland - dazu bewogen, mich in der LINKEN zu engagieren? Menschen mit Migrationsgeschichte haben dieses Land seit Jahrzehnten mit aufgebaut und zudem gemacht, was es ist. Wir leben, lieben und arbeiten zusammen. Aber weiterhin arbeiten überproportional viele Zugewanderte im Niedriglohnssektor und sind häufiger von Armut, Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit betroffen. Die rechten Morde - vom NSU über Mölln, Solingen, Halle, Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen bis Hanau - haben klar gezeigt: Es ist an uns LINKEN, die strukturellen Defizite

## Thomas Hanser

**KV Calw, 30 Jahre, Mechatroniker**

Liebe Genoss:innen,

mein Name ist Thomas Hanser, bin 30 Jahre alt, in Stuttgart-Hedelfingen geboren und wohne seit meinem sechsten Lebensjahr in Calw. Ich trete dort mit der Unterstützung meines Kreisverbandes Calw als Direktkandidat zur Bundestagswahl an.

Ich bin gelernter Kfz-Mechatroniker und arbeite seitdem als Monteur für technische Gase und Reinstgase.

Bundespolitisch streite ich für mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aber auch für eine massive „Umfairteilung“ von oben nach unten, um der immer stärker werdenden sozialen Spaltung zwischen Arm und Reich offensiv entgegenzutreten.

Nur so können die drei Ziele **soziale Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit und Frieden** erreicht werden und bei den Menschen in den Städten und besonders auf dem Land ankommen. Diese drei **Ziele müssen immer zusammen gedacht** und

## Reinhard Neudorfer

**Waiblingen**

**Geboren und aufgewachsen in München, seit 40 Jahren in Waiblingen.**

Diplom-Verwaltungswirt (FH) i.R., früher bei der Bundesagentur für Arbeit als Berater für berufliche Rehabilitation von Jugendlichen mit Behinderung; Ersatz-

Neben den vielfältigen Themen im Menschenrechtsbereich berate und unterstütze ich Kulturschaffende in ihren Auseinandersetzungen für faire Arbeitsbedingungen.

Ich forciere in Karlsruhe und Baden-Württemberg die Verankerung, Vernetzung und Selbstermächtigung von Genoss\*innen und Aktiven. Die Res-

der Behörden klar zu benennen, dem Alltagsrassismus zu widersprechen, das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechts zu stärken und uns den Nazis entschlossen entgegenzustellen.

Ziel der LINKEN ist eine lebendige vielfältige Einwanderungsgesellschaft – ohne Ausbeutung und Rassismus. Dazu gehört auch, dass wir nicht nur über Menschen mit Rassismuserfahrung reden, sondern ihnen die Möglichkeit geben, in den Parlamenten ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Persönlich bin ich überzeugt, dass migrantische Selbstorganisationen wie die 200 Alevitischen Gemeinden in Deutschland und DIE LINKE natürliche Bündnispartner sind.

Demokratie, Partizipation aller und Menschenrechte fallen nicht vom Himmel, sondern müssen erstritten und verteidigt werden. Für sie einzutreten, ist heute notwendiger denn je. Mit Euch gemeinsam möchte ich im Bundestag gegen Homophobie, Antisemitismus und

deren Interessengruppen **nie gegeneinander ausgespielt** werden!

Dafür brauche es auf der einen Seite einen starken Sozialstaat und Rechtsstaatlichkeit. Auf der anderen Seite stehe ich auch dafür, gemeinsam mit Euch die Menschen inner- und außerhalb der LINKEN, in den Parlamenten und auf der Straße zu motivieren, **sich zu organisieren, um solidarisch für eine bessere Welt zu kämpfen!**

In den **Parlamenten**, in den **sozial-ökologischen Bewegungen** und **auf der Straße**. Das in den **letzten 170 Jahren von Sozialist:innen Er kämpfte** darf **nicht** zum Privileg der Reichen und für die **Mehrheit der Menschen gar abgeschafft** werden!

Zu meiner Person ist noch zu erwähnen, dass ich Kreissprecher des KV Calw bin, Präsidiumsmitglied des Landesausschusses und LINKER Bezirksbeirat in Calw-Heumaden. Außerdem habe ich im

mitglied im örtlichen Personalrat und im Bezirkspersonalrat. Besitzer des deutschen Sportabzeichens in Silber

**Politischer Werdegang:**

In der Studentenbewegung und der außerparlamentarischen Opposition der „68er“, 1970 GEW-Mitglied, 1971 Marxistischer

sources, die mir als Bundestagsabgeordneter zur Verfügung stehen, setze ich ein, um Partei und Bewegung zu stärken.

Ich habe Kraft und Lust, weitere vier Jahre im Bundestag mit und für euch zu arbeiten und freue mich über eure Unterstützung auf Listenplatz 4!  
*Euer Michel*



Rassismus kämpfen und mich für eine sozial gerechte, gleichberechtigte und vielfältige Gesellschaft einsetzen!

Ich würde mich sehr freuen, wenn ihr gemeinsam mit mir diesen Weg beschreiten würdet.



Wahlkreis Kehl für den Landtag kandidiert und bin Gewerkschaftsmitglied in der IG-Metall.

Ich freue mich über Eure Unterstützung!

Studentenbund Spartakus, 1972 -1989 DKP-Mitglied (Reformströmung),

1990 Mitglied der PDS, dann der Linken, langjähriger Kreisvorstandssprecher Rems-Murr, jetzt im Landesausschuss.

**Entsprechend meinem Grundsatz,**

### dass die Hälfte der Parteiarbeit außerhalb dieser erfolgen sollte:

Ortsvorstand Ver.di, DGB-Kreisvorstand Rems-Murr, Landesvorstand Rosa-Luxemburgstiftung, örtliche Initiative gegen S21 Mein Hauptarbeitsfeld ist Antifa: Kreis- und Landesvorstandsmitglied der VVN-Bund der AntifaschistInnen, Mitarbeit in 2 örtlichen Antifa-Bündnissen, bei den Demos von Fridays for Future bin ich dabei. Innerhalb und außerhalb von BaWü halte ich Referate zu meinen Spezialthemen Spanischer Bürgerkrieg und Identitäre. Bei der LT-Wahl bin ich

## Luigi Pantisano

**41 Jahre, Architekt, Wohnort und KV in Stuttgart, Direktkandidat für den Wahlkreis Waiblingen, Seit 2016 Stadtrat im Stuttgarter Gemeinderat, Schwerpunktthemen sind Klimagerechtigkeit und Antirassismus.**

Liebe Genoss\*innen, die nächsten Jahre sind entscheidend für eine sozial- und klimagerechte Zukunft. Das Erreichen der Klimaziele, die sozialökologische Transformation der Wirtschaft und eine solidarische Antwort auf die Corona-Krise erfordern mutige Ideen und entschlossenes Handeln.

**Diesen Mut und diese Entschiedenheit möchte ich als Abgeordneter im Bundestag einbringen. Ich bewerbe mich daher um Eure Stimmen für einen Platz auf der Landesliste für DIE LINKE zur Bundestagswahl im Jahr 2021.**

Mit meiner Frau und unseren beiden Kindern wohne ich in Stuttgart. Als Arbeiterkind habe ich erst Architektur und dann Stadtplanung studiert. Seit 2016 bin ich Stadtrat im Stuttgarter Gemeinderat. Seit 2017 arbeite ich im Wahlkreisbüro für

## Tobias Pflüger

**MdB, 56 Jahre; Freiburg/Merzhau- sen; Wahlkreiskandidat 281 Freiburg; KV Freiburg DIE LINKE / stellvertre- tender Vorsitzender DIE LINKE Bundestagsabgeordneter, Politikwis- senschaftler und Friedensforscher, Schwerpunkte: Friedens-, Europa- und Aussenpolitik**  
**Bewerbung um Platz 4 der Landes- liste der LINKEN Baden-Württem- berg**

Für die Bundestagswahl 2017 wurde ich von Euch auf Listenplatz 4 der Lande- liste in den Bundestag gewählt. In der Bundestagsfraktion wurde ich dann u.a. verteidigungspolitischer Sprecher. Diese Arbeit möchte ich gerne in der neuen Legislaturperiode für DIE LINKE fort- setzen.

Ausgerechnet in Pandemie-Zeiten er- höht die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD den Militärhaushalt erneut auf 53 Milliarden (nach NATO-Kriterien). Hier setzen wir LINKE an: Es muss eine Umschichtung hin zu Gesundheit und

als Kandidat im Wahlkreis Lahr/ Ortenau eingesprungen, um vor Ort den Genoss:innen zu helfen. Allgemeinplätze, wofür oder wo- gegen ich bin, möchte ich hier nicht aufführen, einfach rückfra- gen!

Ich bin in keiner Parteiströmung Mitglied, stehe aber der Bewe- gungslinken nahe. In und mit Bewegung(en) zu leben, ist mein Ziel und so wünsche ich mir auch die Partei.

Ein treffendes Zitat der Hauptdarstelle- rin finde ich in dem Film „Der da Vinci



Kode“:  
„Wir sind, wofür wir kämpfen“.

Bernd Riexinger. Bei den OB- Wahlen in Konstanz im letzten Jahr habe ich im zweiten Wahl- gang mit 45% den Wahlsieg nur knapp verpasst.

Innerhalb der Partei bin ich aktiv im Koordinierungskreis der neu gegründeten LAG Be- wegungslinke, im Sprecher- kreis der LAG Migration-Anti- rassismus und im bundesweiten Netzwerk LINKS\*KANAX. Ich bin zudem Mitglied bei ver. di, im VVN-BdA und im Flüchtlingsrat Baden-Württemberg.

Als Abgeordneter im Bundestag und als Aktivist in außerparlamentarischen Bewegungen werde ich mich, wie auch schon in der Kommunalpolitik, für Kli- magerechtigkeit und soziale Teilhabe, für eine nachhaltige Mobilität, für Vielfalt und gegen Rassismus engagieren.

Meine Überzeugung ist, dass wir die Kämpfe in der Automobilindustrie, in der zukünftig durch einen Strukturwandel viele Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen,



mit der Einhaltung des 1,5 Grad Klima- ziels und dem Einsatz für Geflüchtete und Minderheiten in unserer Gesellschaft verbinden müssen.

In diesem Sinne möchte ich gemein- sam mit Euch, sowohl als Direktkandidat für den Wahlkreis Waiblingen, so wie auch in Großstädten und im ländlichen Raum in Baden-Württemberg viele Wähler\*innen und bestenfalls neue und engagierte Men- schen für DIE LINKE gewinnen.

*Mit solidarischen Grüßen,  
Luigi Pantisano*

Bildung geben.

Im Bundestag konnte ich durchaus Akzente setzen: So war ich bei der Aufklärung rechter Netzwerke in der Bundeswehr und speziell bei der Elitetruppe Kom- mando Spezialkräfte (KSK) im Calw aktiv beteiligt.

Wichtig ist mir, die Kämpfe innerhalb und außerhalb des Par- laments miteinander zu verbinden. Ein Beispiel dafür ist der Erfolg, dass die SPD die Entscheidung, ob Drohnen der Bundeswehr bewaff- net werden sollen, in die nächste Legislaturperiode schieben musste. Dies wurde möglich durch Druck von außen von Zivilgesellschaft und Friedensbewe- gung und von innerhalb des Bundestages mit Veranstaltungen, Gesprächen und Anträgen. Dieser Druck muss aufrecht- erhalten werden.

Als Abgeordneter aus Südbaden bin ich u.a. Mitglied der deutsch-französi- schen Parlamentarierversammlung und



habe mich für bessere Zusammenarbeit vor Ort z.B. für ein deutsch-französi- sches Modellkrankenhaus Breisach am besten in kommunaler Hand eingesetzt.

Der Kreisverband Freiburg hat mich erneut als Wahlkreiskandidat gewählt. LINKE Wahlergebnisse speziell in Freiburg und im Wahlkreis liegen häufig im zweistelligen Bereich. Mit meiner Kandidatur will ich mithelfen, dass wir



das realistische Ziel, zweitstärkste Kraft bei der Bundestagswahl in der Stadt Freiburg zu werden, erreichen.

## Richard Pitterle

**Alter: 61, Kreisverband Böblingen; Schwerpunktthemen: Steuergerechtigkeit; Mitgliedschaften: VVN/BdA, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Freundschaftsgesellschaft BRD/Cuba; LAG Betrieb und Gewerkschaft. Migrant aus Tschechien seit Juli 1970**

Ich bewerbe mich für Platz 4 der Landesliste.

Die Mitgliederversammlung des **Kreisverbandes Böblingen** hat mich zum Kandidaten für die Bundestagswahl gewählt mit dem Auftrag mich für einen aussichtsreichen Listenplatz zu bewerben.

Fast 12 Jahre bin ich als **Kommunalpolitiker im Stadtrat von Sindelfingen** für unsere Partei tätig und engagiere mich für Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.

Als **Fachanwalt für Arbeitsrecht** bin ich in einer arbeitnehmer- und gewerkschaftsnahen Kanzlei tätig und erhalte hierbei viele Anregungen für Änderungen, die ich im Bundestag einbringen möchte

Von 2009 bis 2017 war ich bereits Abgeordneter im Bundestag. Dort war ich im Finanzausschuss tätig, sowie **steuerpolitischer Sprecher** der Fraktion.

Für unsere Fraktion habe ich den Un-

## Philipp Polster

**34 Jahre, Fachberater/Notfallsanitäter, KV Schwarzwald-Baar-Heuberg. Themen: Ländlicher Raum. Moderner vernetzter ÖPNV und gleiche Chancen bei der Digitalisierung. Gesundheitspolitik: Kampf gegen Klinikschließungen und für bessere Beschäftigungsverhältnisse**

Liebe Genossinnen und liebe Genossen, Baden-Württemberg ist ein Flächenland das entscheidend durch den ländlichen Raum geprägt ist. 35% der Bevölkerung lebt im ländlichen Raum, ein 1/3 der Wirtschaftsleistung wird hier erbracht.

Doch obwohl sich viele Probleme hier anders darstellen als in urbanen und suburbanen Regionen, obwohl immer mehr Menschen die Antwort auf diese Probleme auch in linker Politik suchen, werden wir Linke auf dem Land immer noch vorrangig als städtisch-orientierte Partei wahrgenommen.

Um dies zu ändern benötigen wir eine starke Repräsentation auf dem Land, für das Land.

## Bernd Riexinger

**65 Jahre, Wohnort und KV Stuttgart, Von 2012 bis 2021 Parteivorsitzender DIE LINKE, Schwerpunktthema im Bundestag ist die Wirtschaftspolitik und der sozialökologische Umbau**

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bewerbe mich erneut für Platz 1 der

Als stellvertretender Parteivorsitzender trage ich Mitverantwortung für Bundestagswahlprogramm und Wahl-

teruchungsausschuss zu den **Cum Ex-Geschäften** initiiert und die Fraktion in diesem vertreten. Wir haben den größten Steuerraub in der Geschichte der Bundesrepublik ans Licht gebracht.

Nach einer Pause von 4 Jahren möchte ich noch einmal meine Erfahrungen und Kenntnisse in Steuer- und Finanzfragen im Bundestag für die LINKE einbringen.

Neben den Kernthemen der LINKE gute Arbeit, soziale Gerechtigkeit, bezahlbarer Wohnraum, Antifaschismus, Antirassismus, Friedenspolitik möchte ich mich als Steuerpolitiker im Bundestag für folgende Vorhaben einsetzen:

1. Unser **Steuersystem** steuert nicht mehr. Wir brauchen ein Steuersystem für das 21. Jahrhundert, das die große Mehrheit entlastet und große Einkommen und Vermögen, insbesondere Konzerne stärker belastet.
2. **Konzerne wie Apple, Amazon** haben es geschafft, sich in den Ländern, in denen die Wertschöpfung stattfindet, einer gerechten Besteuerung, zu entziehen. Das will ich ändern.
3. Die Einnahmen aus **Erbschaftssteuer** sind lächerlich gering. Diese Form des leistungslosen Einkommens muss an-

Durch bald 20 Jahre Erfahrung im Gesundheitswesen kann ich vor allem in der Gesundheitspolitik auf ein breites Wissen zurückblicken. Hier liegt mir vor allem der Kampf gegen Klinikschließungen und der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen besonders am Herzen. So habe ich die Konsequenzen von beidem doch selbst schon oft und lange genug am eigenen Leibe erfahren. Die politisch gewollte Perspektivlosigkeit vieler kleiner Kliniken hat rein fachlich keine Basis – Es gibt funktionierende Konzepte diese Kliniken zu erhalten.

Ein weiterer meiner Schwerpunkte ist der Bereich Digitalisierung. Neben der klassischen Netzpolitik kämpfe ich hier vor allem für die gleichberechtigte Teilhabe von vulnerablen Gruppen an der Digitalisierung. Egal ob bei Homeschooling, Zugang zur Impfung oder Home-Office: Die laufende Krise zeigt uns jeden Tag wie sehr unsere Gesellschaft Menschen benachteiligen die aufgrund Lebensort, Alter oder Lebensumstände nur eingeschränkt am digitalen Leben teilhaben können. Das

Landesliste Baden-Württemberg für die Bundestagswahl 2021. 2017 wurde ich in den Bundestag gewählt und ich würde mich freuen, wenn ihr mich für weitere 4 Jahre nominiert. Mein KV Stuttgart hat mich bereits im Wahlkreis aufgestellt.

Als Landesvorsitzender habe ich die

strategie der LINKEN und würde auch deshalb gerne auf einem aussichtsreichen Platz kandidieren.



gemessen besteuert werden.

4. Wir brauchen eine **Vermögensabgabe** für Milliardäre und Multimillionäre.

Linke Steuerpolitik kann nur erfolgreich sein, wenn wir uns auf soziale Bewegungen stützen, wenn wir Druck durch eine gut organisierte Arbeitnehmerschaft und starke kämpferische Gewerkschaften organisieren.

Weitere Informationen zu meiner Person, zum politischen Werdegang findet ihr hier: [www.links Politiker.de](http://www.links Politiker.de)



muss sich ändern!

Dieser und vielen weiteren Herausforderungen möchte ich mich stellen und bewerbe mich daher hiermit um einen Listenplatz auf der Landesliste unserer Partei zur BTW2021. Ich stehe für eine lösungsorientierte Realpolitik, mit der wir die Probleme anpacken – denn Zeit zum Träumen haben wir keine mehr.

WASG und DIE LINKE in Baden-Württemberg 8 Jahre und als Parteivorsitzender fast 9 Jahre geführt. Jetzt beginnt für mich ein neuer politischer Abschnitt. Gerne will ich mich weiter mit ganzer Kraft für den Aufbau einer starken LINKEN engagieren.



Dabei sind mir drei Schwerpunkte besonders wichtig. Einen Beitrag zu leisten, dass sich unser Zuspruch bei den Beschäftigten erhöht, wir uns in den Betrieben besser verankern und linke Gewerkschaftspolitik verstärken. Seit einigen Monaten leite ich einen Gesprächskreis mit Betriebsräten und Vertrauensleuten in der Automobil- und Zulieferindustrie aus der Region Stuttgart, der auf Baden-Württemberg ausgedehnt wird.

Mein Ziel ist, dass die Linke erste Ansprechpartnerin für soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit wird. Beides gehört eng zusammen. Mit anderen zusammen habe ich ein Konzept für einen sozialökologischen Systemwechsel erarbeitet. Es findet auch viel Beachtung bei Umweltschutzverbänden und Kli-

## Hüseyin Şahin

**33 Jahre, Dettingen unter Teck, KV Esslingen. Beruf: Arbeitsvermittler bei der Agentur für Arbeit. Studium: M.A. Europa-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften. Schwerpunkt: (Europäische) Wirtschafts- und Finanzpolitik**

Als Landtagskandidat für den Wahlkreis 08 Kirchheim konnte ich mit den Genoss\_innen im ländlichen Raum unsere Stimmen in jeder Gemeinde und in jeder Stadt steigern, was mich persönlich motiviert hat, weiter zu machen. Die gesammelten Erfahrungen möchte ich für die Bundestagswahlen mitnehmen und bitte Euch um Eure Unterstützung.

Ich bin langjähriges Mitglied bei DIE LINKE.SDS Passau und anschließend in Marburg, wo ich als Referent für Kritische Wissenschaft im ASTa tätig war. Parlamentarische Erfahrung habe als Trainee der Linken Delegation im EU-Parlament sammeln können. Daher werden meine Themen neben Wirtschaft und Finanzen auch EU und Europa sein.

Als Kind einer kurdischen Familie bin ich mit drei Jahren über den Asylweg nach Deutschland gekommen. Mit meiner Kandidatur möchte ich den Jugendlichen und migrantisierten Menschen, aber

## Rainer Schaaf

**Geboren 1962, vorgeschlagen vom KV Biberach als Wahlkreiskandidat; Beruf: Fleischermeister, Einzelhandelskaufmann. Schwerpunktthema: Klima- und Umweltschutz, ländlicher Raum.**

Sehr geehrte Genossinnen und Genossen, ohne Zweifel werden wir das Jahr 2020 und Anfang 21 in bleibender Erinnerung behalten. Eine Zeit, die uns vor große Herausforderungen stellte und uns einen Vorgeschmack lieferte auf das, was uns in den kommenden Jahrzehnten mit den Folgen des Klimawandels noch erwartet. Denn ich glaube, dass die Auswirkungen der Pandemie gegenüber denen des Klimawandels nicht so

maaktivisten.

Unsere Kampagnen zur Pflege und zu bezahlbarem Wohnen haben einen wichtigen Beitrag zur politischen Verankerung unserer Partei geleistet. So auch unsere Forderungen nach einem Mietendeckel und bezahlbaren Wohnungen. Bei der Weiterentwicklung und Umsetzung dieser und anderer Kampagnen will ich mich in Baden-Württemberg engagieren.

Im Bundestag will ich weiter auf dem Feld der Wirtschaftspolitik arbeiten, mit dem Schwerpunkt sozialökologischer Umbau. Ich bin überzeugt, dass es wichtig ist, unser ökonomisches Profil zu

auch darüber hinaus, Mut machen, sich zu engagieren. Nicht nur in den uns oft zugeschrieben Themen wie Integration, Antirassismus oder Migration, sondern auch darüber hinaus.

Besonders in den sozialen Themen wird DIE LINKE als kompetente Partei wahrgenommen. Im Bereich der Wirtschaft und Finanzen sehen uns die Wähler\_innen noch nicht als sachkundig genug an, obwohl unsere Partei sowohl im Europäischen Parlament als auch im Bundestag sehr gute Arbeit geleistet hat. Insbesondere in Fragen der Finanzkriminalität und Steuerflucht hat die Partei veröffentlicht, was anderen nicht als skandalwürdig genug erschien. Dies liegt an der inzwischen zur Normalität verkommenen Form einer Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Ungleichheiten hervorbringt, eine unsolidarische Gesellschaft fördert und aus seiner Verfasstheit heraus Ungerechtigkeit produziert. Das passiert unter einer Denkrichtung in der Lehre, die aus der Auswahl der solidarischen Ökonomien keine Alternative zur Neoklassik und der instabilen Marktwirtschaft neoliberaler Form kennt und den Menschen zum Konsumenten degradiert, der in den menschengemachten Wirtschafts-Naturge-

bedeutend sein werden, wengleich wir das schon als große Katastrophe sehen. Wir haben es selbst in der Hand, ob wir in der vor uns liegenden Zeit jenes aufgeben, was uns Menschen ausmacht, nämlich den Traum von einer positiven Zukunft. Neben meiner Tätigkeit im Kreisverband, bin ich 1.Vorsitzender der „Schutzgemeinschaft Herrschaftsholz“ bei der ich gegen die Abholzung der Waldfläche zum Zweck des Kiesabbaus bin. In der Arbeitsgruppe „5G Fluch oder Segen“ beim „BUND“ arbeite ich auch mit; des Weiteren bin ich Mitglied im VDK, beim „Friedensbündnis“ und bei Aktionen mit dabei.

Der Wald- und Flächenschutz ist mir



stärken. Die sozialökologische Transformation der Industrie hin zu einer emissionsneutralen Wirtschaft ist ein wichtiges Element dafür.

*Mit solidarischen Grüßen,  
Bernd Riexinger*



setzen zwischen Nachfrage und Angebot wahlweise seine Würde oder Freiheit einbüßen soll. Als Kandidat möchte ich über die Kritik der ökonomischen Verhältnisse einen gerechten Weg zu einer alternativen Wirtschafts- und Produktionsweise aufzeigen, der die bestehenden Missstände der Mehrheit beendet und sich langfristig in eine postkapitalistische Weise wandelt. Dafür bitte ich um Eure Unterstützung für die Listenplätze 8-10.  
*Vielen Dank*



ein besonderes Anliegen, deshalb muss den Flächennutzungsplänen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die Krankenhausschließungen müssen unbedingt gestoppt werden, vor allem müssen die Gesundheitseinrichtungen und Krankenhauseinrichtungen unbedingt wieder in öffentliche Hand überführt werden. Es darf nicht sein, dass private Krankenhausbetreiber

## Cedric Schiele

**24 Jahre alt aus Schwäbisch Hall und Studierender. KV: Schwäbisch Hall und Hohenlohe. Gewünschtes Schwerpunktthema im Deutschen Bundestag: Transformation der Arbeitswelt durch Digitalisierung, Globalisierung und den ökologischen Wandel. Weiteres Engagement: früherer Vorsitzender des Stadtjugendrings Schwäbisch Hall; stellv. Vorsitzender der Naturfreunde Schwäbisch Hall; Mitglied bei ver.di und der AWO**

Liebe Genossinnen und Genossen, während dieser Pandemie erleben wir unterschiedlichste Formen von gesellschaftlichem Umgang mit dieser schwierigen Situation. Zwischen Solidarität und Hetze ist leider alles vertreten. In der Zwischenzeit läuft sich Schwarz-Grün warm, die Klimakrise scheint vergessen, das Rollenbild der Frau wurde um Jahrzehnte zurückgeworfen und vor Europa drohen Geflüchtete zu erfrieren. In Deutschland

## Tim Steckbauer

**21 Jahre  
Bewerbung um Platz 12 der Landesliste zur Bundestagswahl  
1999 Geboren in Aalen  
2015 Politisch aktiv auf der Straße, Organisation von Protesten und Aufbau linker Gruppierungen  
2019 Abitur, Mitglied die LINKE, Vorsitzender die LINKE Aalen  
2020 FSJ in der Pflege  
2021 Vorgesprochen als Bundestagskandidat durch den KV Ostalbkreis**  
*„Um etwas zu tun, muss man es sehr lieben. Um etwas sehr zu lieben, muss man bis zur Verrücktheit daran glauben“  
– Ernesto Che Guevara*

Liebe Genossinnen und Genossen!  
Die LINKE kämpft für eine gerechte Gesellschaft und eine Alternative zum Kapitalismus.

Damit dieser Kampf eine Aussicht auf Erfolg hat, braucht es eine starke Vernetzung, denn der Erfolg beruht auf Gegenseitigkeit:

Die Parlamentarische Arbeit benötigt die Demonstrant\*innen auf den Straßen, um Forderungen Druck zu verleihen – Die außerparlamentarischen Oppositionellen brauchen den Einsatz der Abgeordneten, damit ihre Ziele demokratisch umgesetzt werden.

Milliardengewinne einfahren und auf der anderen Seite die Beitragszahler immer höhere Beiträge bei sinkenden Leistungen zu erbringen haben.

Ein großes Tätigkeitsfeld wird die Kommunale Vernetzung darstellen, in Bezug auf die nächste Kommunalwahl, Mitgliedergewinnung und deren Mitarbeit in Kommunalen Gremien. Nur dann können wir in Zukunft unsere

wird uns erzählt, dass nach einem weiteren Lockdown und vielen weiteren Impfungen alles wieder so wird, wie es vorher war. Das möchte ich nicht!

Nach der Bundestagswahl werden die wichtigen Weichen für unsere Zukunft gestellt. Wir müssen dabei als unbestechliche Kraft für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Feminismus, Antifaschismus und Internationale Solidarität auftreten. Dafür sorgen, dass Umwelt- und Artenschutz nicht vergessen werden, die Klimakrise nicht von der Tagesordnung gestrichen wird und unter steigendem Druck durch Globalisierung und digitaler Transformation die Arbeiter\*innen nicht erdrückt, sondern gestärkt werden. Unser Ziel ist dabei klar: Demokratischer Sozialismus!

Vor diesem Hintergrund möchte ich mich in besonderer Weise für die Belange von jungen Menschen und des ländlichen Raums einsetzen. Und gemeinsam mit Euch für eine bessere, friedlichere, gerechtere, umweltfreund-

Mein Ziel ist es, Verbindungen zwischen verschiedenen Linken zu unterstützen und die Verknüpfung zur Straßenpolitik zu stärken.

**Gerechtigkeit für Mensch und Tier!**  
Einen Teil meiner politischen Energie stecke ich in Tier- und Umweltschutz, um die Ausbeutung der Menschen und Tiere zu beenden.

Ich bin überzeugter Feminist und stehe an der Seite von unseren Genossinnen, um mit ihnen das Patriarchat zu zerschlagen.

In der Kommunalpolitik und auf der Straße setze ich mich für Antifaschismus und den Kampf gegen Rechtsextremismus ein. Deren politische Bekämpfung ist unabdinglich, damit 1933 nie wieder geschieht.

Jugendbeteiligung ist essenziell. Zusammen mit der SOLID setze ich mich für mehr Möglichkeiten zur jugendlichen Partizipation und für das Wahlrecht ab 16 ein.

Auf internationaler Ebene bildet die Friedenspolitik eines der wichtigsten Themen. Die LINKE darf ihren Pazifismus nicht verlieren, deswegen stelle ich mich klar und deutlich gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Der Kapitalismus basiert auf der

Positionen stärken.

Dies geht aber nur wenn die Öffentlichkeitsarbeit in den Medien sichergestellt wird. Dies ist aber nur mit Mandatsträgern zu schaffen. Deshalb stelle ich mich der Wahl um den Flächenkreisen und den kleineren Kreisverbänden die nötige Unterstützung zukommen zu lassen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.



lichere Zukunft für alle Menschen kämpfen!

*Dafür bitte ich um Euer Vertrauen,*

*Cedric Schiele*

*Kreissprecher Die Linke*



skrupellosen Ausbeutung von Menschen und Natur und nur ein Systemwechsel kann eine gerechte Gesellschaft hervorbringen. Deswegen setze ich mich für den Erhalt des demokratischen, sozialistischen Kerns der LINKEN ein.

Liebe Genossin, lieber Genosse, ich kandidiere auf Platz 12 und bitte um eure Unterstützung.

*Lasst uns gemeinsam weiter kämpfen!*



A black and white photograph showing a group of men, likely prisoners of war or concentration camp survivors, celebrating their liberation. They are wearing striped uniforms and caps, and many have their arms raised in the air, some holding up small pieces of paper. The scene is outdoors with trees in the background.

# Befreiung, was sonst?

**Der 8. Mai muss Gedenk-  
und Feiertag werden.**

**DIE LINKE.**